

Mittheilung des Senats an die Bürgerschaft

vom 21. April 1865.

1. Handels- und Schiffahrtsvertrag und Literarische Convention der Hansestädte mit Frankreich.

Nach erfolgter Sicherstellung der für den deutschen Zollverein mit Frankreich abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsverträge Preußens vom 2. August 1862 haben die zum Zwecke analoger Vertragsabschlüsse wiederholt gepflogenen Verhandlungen der Hansestädte mit Frankreich zu Ende des vorigen Jahres in formeller Weise durch beiderseits ernannte Bevollmächtigte wieder aufgenommen werden können und ist in dessen Folge am 4. März d. J. zu Hamburg ein Handels- und Schiffahrtsvertrag verabredet und unterzeichnet worden, welchen, in Verbindung mit einer gleichzeitig abgeschlossenen literarischen Convention und dem zu beiden Verträgen gehörigen Schlußprotokolle vom nämlichen Tage, der Senat beifolgend im Urtexte mit beigefügter deutscher Uebersetzung zur Kenntniß der Bürgerschaft bringt.

Die genannten Verträge von 1862 haben dem vorliegenden Vertrage der Hansestädte mit Frankreich in allen wesentlichen Punkten als Grundlage gedient und der nahe Zusammenhang, in welchem diese beiden Vertragsabschlüsse zu einander stehen, giebt sich selbst äußerlich in verschiedenen Bestimmungen des einen wie des anderen zu erkennen (vgl. z. B. Art. 7 unter 3 des Schiffahrtsvertrages von 1862 mit Art. 15 des hanseatischen Vertrages). Wie hiedurch mehr oder minder so Art als Umfang der gegenseitigen Zugeständnisse im vorliegenden Vertrage bedingt worden ist, so sind besonders auch die einzelnen Abweichungen von der vollen Reciprocität, welche derselbe zu Ungunsten der Hansestädte enthält, mit Rücksicht auf den gleichen Vorgang der mehrerwähnten Verträge Preußens und der übrigen Staaten des deutschen Zollvereins zu beurtheilen.

Dem entsprechend ist zunächst — was die Hauptbestimmungen des neuen Vertrags anlangt — französischen Schiffen und deren Ladungen volle Gleichstellung mit der nationalen Flagge in den Hanseatischen Häfen gewährt, mit alleiniger Ausnahme des beiderseits der nationalen Flagge reservirten Rechts zur Küstenschiffahrt und auf besondere Vortheile beim Betriebe des Fischfangs (Art. 7 und 14). Frankreich dagegen, in Folge des daselbst noch geltenden Differentialsystems, sichert, insofern es den Verkehr mit Frankreich und Algerien betrifft, die nämliche Gleichstellung den Hanseatischen Schiffen und deren Ladungen zur Zeit nur für die directe Fahrt von den Hanse-ädten oder von Zollvereinshäfen zu (Art. 3, 8, 12 und 15), und auch dieses nur mit vorläufigem Ausschuß der vollen Freiheit vom Tonnengelde, wie sie die nationale Flagge in Frankreich zu genießen hat. Indessen wird in dieser letzten Beziehung, sofern die Hansestädte sich zu einer Befreiung französischer Schiffe vom Tonnengelde in ihren Häfen verstehen würden, ausdrücklich ihren Schiffen die gleiche volle Freiheit vom Tonnengelde in französischen Häfen zugestanden, und wird nicht minder jeder Vortheil, welchen Frankreich künftig den Schiffen einer anderen europäischen Nation hinsichtlich der indirecten Schiffahrt gewähren möchte, zum Voraus auch den Hanseatischen Schiffen zuerkannt. (Art. 3 vorletztes und letztes Alinea). — Da Bremen überall kein eigentliches Tonnengeld erhebt, die statt eines solchen erhobene »Seeschiffahrtsabgabe« aber unbedenklich bei Französischen Schiffen in Wegfall kommen kann, wenn dafür der Bremischen Flagge ein so werthvoller Vortheil, wie hier dargeboten, zu erwerben steht; so ist von dieser Bereitwilligkeit Frankreichs für Bremen

sosort Gebrauch gemacht und eine reciproke Befreiung der beiderseitigen Flaggen von solchen Abgaben, wiewohl zur Zeit noch innerhalb der Grenzen des Vertrags, stipulirt worden (Art. 3 al. 2 und 3).

Bremische Schiffe werden hiernach fortan, wenn unbeladen, von jedem Hafen kommend in Frankreich kein Tonnengeld mehr zu zahlen haben. Dasselbe gilt für Bremische Schiffe mit Ladung, wenn sie direct von einem Bremischen Hafen kommen. Von einem Hamburgischen oder Lübeckischen Hafen kommend, haben beladene Bremische Schiffe 50 Centimes für die Tonne zu zahlen; von einem Zollvereinshafen kommend, ebensoviel wie Zollvereinschiffe (1 Franc per Ton); von jedem anderen Hafen kommend, bleiben Bremische Schiffe mit Ladung bis weiter noch dem allgemeinen Satz von 4 Fr. 12 C. per Ton unterworfen.

Im Verkehr mit Algerien haben Hanseatische Schiffe, wenn direct von den Hansestädten (oder von Zollvereinshäfen) kommend, zufolge Art. 12 eine Ermäßigung von 50 pCt. vom allgemeinen Satz der Tonnengelder zu genießen.

Durch Art. 8 des Vertrages, welcher die Hauptbestimmung für die den Hansestädten bezüglich der Ladung ihrer Schiffe gemachten Zugeständnisse bildet, wird im Verkehr mit Frankreich und Algerien den unter Hanseatischer Flagge direct dahin von den Hansestädten (oder nach Art. 15 von einem Zollvereinshafen) verschifften Einfuhren jeder Art und jeden Ursprungs volle Gleichstellung im Zoll u. s. w. mit den eben daher angebrachten Einfuhren unter Französischer Flagge gesichert. In Verbindung hiermit wird, laut Erklärung unter D. im Schlussprotokoll, eine Verpflichtung der Importeure, ihren Sendungen Ursprungszeugnisse und Facturen beizufügen — wie solche noch im Zollvereins-Französischen Vertrage von 1862 stipulirt worden war — als nicht mehr erforderlich, weil allgemein in Wegfall kommend, bezeichnet. Da hiernach für solchen directen Verkehr zwischen den Hansestädten (resp. den Zollvereinshäfen) und Frankreich jede Bevorzugung der Einfuhren unter Französischer Flagge beseitigt erscheint und da in Folge der Verträge von 1862 neben den Hanseatischen Schiffen mit gleichem Vortheil auch die Schiffe der Zollvereinsstaaten fortan verwendet werden können, so läßt sich wohl hiervon erwarten, daß auch die Hansestädte selbst im Verkehre mit Frankreich als geeignete Verschiffungsplätze für dessen Versorgung mit Deutschen, Nordischen und sonst Europäischen Producten erhöhte Bedeutung gewinnen werden. Auf der anderen Seite bleibt freilich die Versorgung mit den s. g. marchandises d'entrepôt, d. h. mit Colonialwaaren, von den Hansestädten aus noch durch die erheblich höheren Zollsätze erschwert, wo nicht ausgeschlossen, mit welchen der Französische Tarif die indirecte Zufuhr solcher Waaren belegt und deren der Vorbehalt im letzten Alinea des Artikels 8 gedenkt. Und ebenso bleibt die Benützung Hanseatischer Schiffe in der Frachtfahrt zwischen dritten Ländern und Frankreich vorläufig wie bisher noch an die lästige Bedingung höherer Schifffahrtsabgaben und Waarenzölle, als bei Benützung Französischer oder der Schiffe des betreffenden Landes selbst in Frankreich zu entrichten sind, geknüpft.

Inzwischen ist, nach allen Anzeichen zu schließen, Frankreich im entschiedenen Einlenken auf die Bahn einer liberalen Handelspolitik begriffen, in dessen Folge das dort bisher noch festgehaltene Differentialsystem mehr und mehr beseitigt werden dürfte. Seine neueren Vertragsabschlüsse, namentlich auch der gegenwärtige mit den Hansestädten, dürften schon als redende Beweise für diese Wendung zu gelten haben. Außerdem sind, wie verlautet, in naher Zeit umfassende Geseze zu erwarten, deren Absicht dahin gerichtet ist, auf der einen Seite die französische Handelschifffahrt durch Aufhebung innerer Lasten concurrenzfähiger zu machen, auf der anderen dagegen auch solchen fremden Flaggen, deren Staaten mit Frankreich in Vertragsverhältnissen stehen, die Mitbewerbung in der Frachtfahrt zu erleichtern. Durch die allgemeine Clausel im Art. 22 des vorliegenden Vertrags ist Vorsorge getroffen, daß solchenfalls auch den Flaggen der Hansestädte die Theilnahme an jenen Erleichterungen nicht entgehen wird.

Die sonstigen, auf den Seehandel und die Schifffahrt, die Ein- und Ausgangszölle, das Consularwesen, die Handelsreisenden u. s. w. bezüglichen Bestimmungen entsprechen theils dem Inhalte unserer Reciprocitätsverträge mit anderen Staaten, theils gründen sie sich auf den Vorgang der Verträge Frankreichs mit dem Zollverein und werden deshalb keiner näheren Erläuterung bedürfen. — Das im Art. 1

den Staatsangehörigen des andern Theils gewährte Recht der Niederlassung mit der Befugniß zum Handels- und Gewerbsbetrieb gleich den Einheimischen, ohne deshalb ihre Nationalität aufgeben zu müssen, — ein Recht, welches in Frankreich den dort ansässigen Fremden schon gesetzlich zusteht und auf dessen vertragsmäßige Erwerbung für seine auswärts weilende Unterthanen es auch den Hansestädten gegenüber besonderen Werth legt — ist diesseits bereits verschiedentlich in unseren Verträgen mit transatlantischen Staaten, gegen das entsprechende Reciprocum für unsere Staatsangehörigen, zugestanden worden. Einer mißbräuchlichen Geltendmachung dieses Rechts für bloße Reisende, hinsichtlich welcher es bei den Bestimmungen des Art. 16 sein Bewenden behält, wird durch den Zusatz unter A im Schlussprotocoll vorgebeugt und damit zugleich den sonst bezüglich der Fremden bestehenden oder zu erlassenden Gesetzen und Polizeivorschriften jedes Staats die nöthige Geltung bewahrt.

Als wesentliche Gegenleistung der Hansestädte und in diesem Sinne von Frankreich, auf Grund des schon gesetzlich seinerseits gewährten Schutzes und der Aufnahme gleichartiger Bestimmungen in seine sämtlichen neueren Verträge, jezt auch von uns begehrt, sind endlich die Bestimmungen des Art. 24 hervorzuheben. Die darin auferlegten Verpflichtungen betreffen einen Gegenstand, hinsichtlich dessen schon aus Gründen der öffentlichen Moral und eines nationalen Ehrgefühls ein deutsches Specialgesetz ähnlich dem französischen wohl zu wünschen wäre und bei einem näheren Verbande der deutschen Staaten unter einander uns sicher auch nicht mangeln würde, mit dessen Hülfe die Uebnahme einer gleichen internationalen Verbindlichkeit dann wenig Schwierigkeiten macht. Indessen wird auch ohne solche Hülfe den Hansestädten die zu übernehmende Aufgabe durch den Umstand erleichtert, daß — wie schon angeführt — auch die Zollvereinsstaaten in dieser Sache sich Frankreich gegenüber verpflichtet haben, daß ferner der zu gewährende Rechtsschutz sich auf die Einräumung eines Klagerechts bei hieselbst begangener Fälschung, Nachahmung oder Mißbrauch französischer Etiketten u. s. w. beschränkt und daß endlich jede Rechtsverfolgung die vorgängig geschehene Deposition des betreffenden Fabrikzeichens u. s. w. bei dem hiesigen Handelsgerichte voraussetzt. — Eben dieses Gericht würde nach Ansicht des Senats demnächst als das gesetzlich competente Gericht zu bezeichnen sein, vor welchem eintretenden Falls das in Art. 24 anerkannte Recht französischer Staatsangehöriger unter den im Vertrage erwähnten Voraussetzungen im Wege einer Civilklage zu verfolgen sein würde.

Das über die Veranlassung des vorstehenden Artikels im Handels- und Schifffahrtsvertrage Bemerkte gilt mehr oder minder auch für den gleichzeitig und in genauer Verbindung mit diesem Vertrage erfolgten Abschluß der ferner anliegenden literarischen Convention. Die Anregung ist auch hier von Frankreich ausgegangen, welches bekanntlich den Zweck der Herstellung eines internationalen Schutzes des literarischen Eigenthums mit Consequenz verfolgt und unter den deutschen Staaten namentlich mit Sachsen und mit Preußen, als den bei dieser Frage am meisten in Betracht kommenden, bereits derartige Conventionen abgeschlossen hat. Unter den Hansestädten ist Hamburg ebenfalls den beiden anderen Städten mit einer solchen schon vorausgegangen, welche, seit 1856 in Wirksamkeit, dort dem Vernehmen nach sich gut bewährt und zu keinen irgend nennenswerthen Geschäfterschwerungen Veranlassung gegeben hat. Ebendeshalb hat, bei der außerdem vorliegenden Gleichartigkeit der Verhältnisse in den drei Städten, dem jetzigen hanseatischen Abschlusse unbedenklich jene Hamburgische Specialconvention zu Grunde gelegt werden können und es sind, mit Ausnahme der günstiger gewordenen Bedingungen, was den Absatz der im Art. 10 genannten Gegenstände nach Frankreich betrifft, die früheren Bestimmungen wesentlich unverändert beibehalten worden. Die Sache selbst anlangend, wird bei Beurtheilung der Tragweite des jetzigen Mitteintretens Bremens in ein solches Vertragsverhältniß zu Frankreich nicht außer Acht zu lassen sein, daß in Folge der eigenthümlichen Organisation des deutschen Buchhandels und der ihm verwandten Gewerbe auch das hiesige Geschäft seit den erwähnten Vertragsabschlüssen Sachsens u. s. w. die durch dieselben veranlaßten Beschränkungen des Gewerbebetriebes thatsächlich schon mitgetragen hat und fortwährend trägt, die Rechte und Vortheile eines eigenen Vertrags dagegen bis jezt noch entbehren muß. Daneben beschränkt sich der vermöge der geschlossenen Convention diesseits von Staatswegen zu gewährende Rechtsschutz auf

Leistung ganz des Nämlichen an französische Autoren und Verleger, was laut bestehender Gesetze unseren eigenen Staatsangehörigen und mit ihnen den Angehörigen sämtlicher deutscher Bundesstaaten bereits geleistet wird; nur daß mit diesen internationalen Verträgen jetzt auch als neuer Gegenstand das Recht der Autoren auf gesetzlichen Schutz gegen nicht von ihnen genehmigte Uebersetzungen ihrer Werke hinzugekommen ist. — Mit Rücksicht auf die Zusage im Art. 6 wird es demnach zur Ausführung dieser Convention in gesetzlicher Beziehung eines Weiteren nicht bedürfen, als daß durch eine desends zu erlassende Verordnung die hieselbst zum Schutz der Werke deutscher Autoren und Verleger erlassenen civilrechtlichen und strafrechtlichen Bestimmungen für gleichmäßig anwendbar erklärt werden auf die nach Maßgabe der vorliegenden Uebereinkunft zu schützenden Werke französischer Autoren und Verleger, mit Einschluss der in Art. 4 der Convention näher definirten Uebersetzungen solcher Werke.

Die hiemit ihrem wesentlichen Inhalte nach charakterisirten Vereinbarungen, von denen der Handels- und Schiffahrtsvertrag gleichzeitig mit dem Vertrage des Zollvereins ins Leben zu treten bestimmt ist, sind unverkennbar schon wegen dieses Zusammenhangs und wegen der durch sie bewirkten Wiederherstellung umfassender und dauernder Vertragsverhältnisse mit einem Lande wie Frankreich für die Hansestädte von großer Bedeutung. Ihr Abschluß bezeichnet das entschiedene Ende einer langen Periode, während welcher, nach Aufhebung früherer Verträge und unter absichtlicher Erschwerung hanseatischer Concurrenz, die vormals so innigen Verkehrsbeziehungen dieser Städte mit Frankreich sich mehr und mehr gelockert haben, und gewährt auf der anderen Seite eine ebenso entschiedene Bürgschaft für das rechtzeitige und vollberechtigte Miteintreten der Hansestädte in alle Vortheile, welche ein Land von Frankreichs Bedeutung der fremden Mitbewerbung darzubieten vermag und unter dem Einfluß der einmal begonnenen Systemsänderung in voraussichtlich naher Zukunft auch eröffnen dürfte. So angesehen, kann — wie es i. B. auch bei den Verträgen der Hansestädte mit Großbritannien geschehen ist — über den Mangel voller Gegenseitigkeit in den auf Handel und Schiffahrt bezüglichen Zusagen des gegenwärtigen Abkommens vom hanseatischen Standpunkt leicht hinweggegangen werden und wird nicht minder, auf Grund der unseren Staatsangehörigen in Frankreich gewährten Reciprocität, dem Erforderniß besonderer Verfügungen zu Gunsten französischer Staatsangehöriger in den bezeichneten anderen Punkten bereitwillig entsprochen werden können.

Der Senat trägt allem Obigen zufolge bei der Bürgerschaft darauf an: den anliegenden Vertragsabschlüssen ihre verfassungsmäßige Mitgenehmigung zu ertheilen, auch, zum Behuf demnächstiger Ausführung derselben, sowohl mit der zu Art. 24 des Handels- und Schiffahrtsvertrags von ihm beantragten Ueberweisung der Gerichtscompetenz an das hiesige Handelsgericht, als auch mit der, nach Maßgabe des oben zu Art. 6 der literarischen Convention Bemerkten, zu verfügenden Anwendung der hieselbst zum Schutz der Rechte deutscher Autoren und Verleger erlassenen Gesetze auf die laut Vertrag jetzt gleichmäßig zu schützenden Rechte französischer Autoren und Verleger sich einverstanden erklären zu wollen.

2. Eisenbahn von Oldenburg nach Bremen.

Nachdem die Ratificationen des Bremisch-Oldenburgischen Eisenbahnvertrages vom 8. März v. J. nunmehr ausgetauscht worden sind, wird es erforderlich, mit der Expropriation der in der Mittheilung des Senats vom 21. März v. J. bezeichneten Immobilien vorzugehen und zunächst zu dem Ende eine Deputation nach Vorschrift des §. 4 der Verordnung vom 14. Juni 1843, wegen Abtretung des Eigenthums zum Besten öffentlicher Anstalten, niederzugesenden. Der Senat fordert daher die Bürgerschaft auf, ihre Mitglieder für diese Deputation zu erwählen und ihm namhaft zu machen.

3. Eisenbahndeputation.

Der Senat hat Herrn Senator Gildemeister zum Mitgliede der Eisenbahndeputation ernannt.

4. Beförderung von Schiffspassagieren.

Auf die von der Bürgerschaft in ihrem Beschlusse vom 29. März d. J. beantragte Niederlegung einer Deputation zur Prüfung des derselben mitgetheilten Entwurfs einer den rubricirten Gegenstand betreffenden Verordnung kann der Senat nicht eingehen, weil er damit den von ihm bisher geltend gemachten Standpunkt verlassen und denjenigen der Bürgerschaft thatsächlich anerkennen würde. Dies schließt jedoch nicht aus, daß die Bürgerschaft in Bezug auf jenen Entwurf materielle Abänderungen dem Senate vorschlagen könnte, die der Senat in sorgfältige Erwägung zu ziehen und thunlichst zu berücksichtigen hätte.

Was sodann die zwischen dem Senat und der Bürgerschaft entstandene formelle Differenz anlangt, so bedauert der Senat sehr, daß die Bürgerschaft dem von ihm unter dem 3. März d. J. angedeuteten Auskunftswege ihren Beifall versagt hat. Er ist noch jetzt der Ansicht, daß dieser Weg in jeder Beziehung als zweckmäßig sich empfehle, da einerseits es unvermeidlich bleiben wird, daß in Fragen der vorliegenden Art auch künftig Meinungsverschiedenheiten sich geltend machen, andererseits es kaum denkbar sein dürfte, daß man auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Entscheidungswege zu einem Ergebnisse gelange, welches eine feste, die Wiederholung ähnlicher Conflicte verhütende Norm herbeizuführen vermöchte.

Sollte dennoch die Bürgerschaft dazu sich nicht entschließen können, so hält der Senat es für correct, ohne Zögern den Weg zu betreten, welchen der §. 2 des die Erledigung von Meinungsverschiedenheiten betreffenden, am 21. Februar 1854 erlassenen Gesetzes anweist und giebt sich der Hoffnung hin, daß mit Hülfe der nun zunächst niederzusetzenden Deputation eine Vermittelung der obwaltenden Differenz werde erreicht werden. Er fordert somit die Bürgerschaft auf, zu solchem Zwecke ihre Deputirten namhaft zu machen.

5. Localitäten der Hauptschule.

Dem Wunsche der Bürgerschaft vom 5. April d. J. gemäß ist die Schuldeputation beauftragt worden, über die Frage, ob nicht eine den Abtheilungen der Hauptschule zur Abhülfe augenblicklichen Bedürfnisses in andere dem Staate zu Gebote stehende Localitäten verlegt werden könne, zu berathen und zu berichten.

6. Jahresbericht der Schuldeputation.

Der Senat wird hinsichtlich einer zweiten ordentlichen Lehrerstelle für das Seminar, deren Begründung auch er zweckmäßig findet, das Erforderliche veranlassen. Bezüglich der Revision des Schulpflichtigkeitsgesetzes behält sich der Senat seine Erklärung auf den von der Bürgerschaft unterm 12. April d. J. gestellten Antrag vor.

Der Senat hat übrigens dem Wunsche der Bürgerschaft gemäß die Schuldeputation beauftragt, über die Frage, ob sich eine Aenderung in Betreff des Zeitpunkts der Abzweigung von der Vorschule in die höheren Abtheilungen der Hauptschule empfehle, zu berathen und zu berichten.

7. Neue Anlagen auf dem Bahnhofe.

Auch der Senat ertheilt den sämtlichen Anträgen der Eisenbahndeputation vom 27. Februar, vom 30. März und vom 11. April d. J. seine Genehmigung und bewilligt seinerseits die dafür veranschlagten Summen, in Uebereinstimmung mit der Bürgerschaft, aus dem Fond für außerordentliche Verwendungen.

Wegen Regelung der Rechnungsverhältnisse der von Bremen und Hannover gemeinschaftlich zu verzinsenden Bahnhofsanlagen wird der Senat nicht verfehlen, erforderlichen Falls die geeigneten Schritte zu veranlassen.

8. Verpachtung der öffentlichen Gassenreinigung.

Mit der beantragten Deputationsberathung erklärt der Senat sich einverstanden.

Anlage
zur Mittheilung des Senats
vom 21. April 1865.

Traité
de commerce et de navigation
entre
Les Villes libres et Anseatiques de Lubeck,
Brême et Hambourg et La France.

Les Sénats des Villes libres et Anseatiques de Lubeck, Brême et Hambourg d'une part, et Sa Majesté l'Empereur des Français d'autre part, animés d'un égal désir de resserrer les liens d'amitié et de contribuer au développement des relations commerciales et maritimes entre les Villes libres et Anseatiques et la France, ont résolu de conclure un traité à cet effet, et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

Les Sénats des Villes libres et Anseatiques de Lubeck, Brême et Hambourg,

Mr. le Syndic Charles Hermann Merck,
Docteur en droit, et

Mr. Frédéric Henri Geffcken, leur
Ministre Résident près Sa Majesté le Roi
de Prusse, Chevalier de l'Ordre Impérial
de la Légion d'Honneur, Grand Croix de
l'Ordre de Léopold de Belgique, Chevalier
de seconde classe avec plaque de l'Ordre
de la Couronne de Prusse etc.

Sa Majesté l'Empereur des Français,

Mr. Alexandre Johan Henri de Clercq,
Ministre Plénipotentiaire, Commandeur
de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur,
Chevalier de première classe de
l'Ordre Royal de l'Aigle rouge de Prusse,
Grand Officier de l'Ordre de la Couronne
de Chêne des Pays-Bas, Commandeur de
première classe du Lion de Zähringen etc.

Lesquels, après s'être communiqué leurs
pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne
et due forme, sont convenus des articles suivans.

Article 1er.

Il y aura pleine et entière liberté de commerce et de navigation entre les habitans de la France et des trois Villes de Lubeck, Brême et Hambourg. Ils auront réciproquement le droit de posséder des biens-fonds dans toutes les parties des Etats des Hautes Parties contractantes, d'y occuper des maisons et des magasins et de disposer de leur propriété personnelle d'une nature ou dénomination quelconque, en quelque manière que ce soit.

Ils ne seront pas soumis, à raison de leur commerce ou de leur industrie, dans les ports, villes ou lieux quelconques des dits Etats, soit qu'ils s'y établissent, soit qu'ils y résident temporairement, à des droits, obligations, taxes, impôts ou patentes, sous quelque dénomination que ce soit, autres ni plus élevés que ceux qui seraient perçus sur les nationaux, et les privilèges, immunités et autres faveurs quelconques dont jouiraient en matière de commerce ou d'industrie les sujets et citoyens de l'une des Hautes Parties contractantes seront communs à ceux de l'autre.

Handels- und Schifffahrts-Vertrag
zwischen den
freien und Hansestädten Lübeck, Bremen
und Hamburg und Frankreich.

Die Senate der freien und Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg einerseits, und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen andererseits, von dem gleichen Wunsche beseelt, die freundschaftlichen Bande zu verstärken und zur Entwicklung der Handels- und Schifffahrtsbeziehungen zwischen den freien und Hansestädten und Frankreich beizutragen, haben beschlossen, zu diesem Behuf einen Vertrag abzuschließen und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Die Senate der freien und Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg,

Herrn Syndicus Carl Hermann Merck,
Doctor der Rechte, und

Herrn Friedrich Heinrich Geffcken, ihren
Minister-Residenten bei Seiner Majestät
dem Könige von Preußen, Ritter des
Kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion,
Großkreuz des Belgischen Leopold-Ordens,
Ritter zweiter Classe mit dem Stern des
Königlich Preussischen Kronen-Ordens etc.

und

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen,

Herrn Alexander Johan Henri de Clercq, bevollmächtigten Minister, Commandeur des Kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, Ritter erster Classe des Preussischen rothen Adler-Ordens, Großofficier des Niederländischen Ordens der Eichen-Krone, Commandeur erster Classe des Zähringer Löwen etc.

welche nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, die folgenden Artikel verabredet haben.

Artikel 1.

Es soll vollständige Freiheit des Handels und der Schifffahrt zwischen den Einwohnern Frankreichs und der drei Städte Lübeck, Bremen und Hamburg stattfinden. Denselben soll gegenseitig das Recht zustehen, in allen Theilen der Staaten der Hohen contrahirenden Theile Grundeigenthum zu besitzen, daselbst Häuser und Waarenlager zu haben und über ihr persönliches Eigenthum jeder Art und Benennung, in welcher Weise es auch sei, zu verfügen.

Sie sollen in Betreff ihres Handels oder ihrer Industrie in den Häfen, Städten und sonstigen Orten der genannten Staaten, sei es, daß sie sich daselbst dauernd niederlassen, sei es, daß sie daselbst vorübergehend verweilen, keinen anderen oder höheren Abgaben, Verpflichtungen, Auflagen, Steuern oder Patenten, von welcher Benennung es auch sei, unterworfen sein, als von den Nationalen erhoben werden, und die Privilegien, Freiheiten und sonstige Begünstigungen irgend welcher Art, welche die Unterthanen und Bürger eines der Hohen contrahirenden Theile in Handel und Industrie genießen, sollen denen des anderen ebenfalls zustehen.

Ils ne pourront enfin être assujétis, pour obtenir la jouissance des divers droits énoncés dans cet article, à l'accomplissement d'aucune obligation de nature à leur faire perdre leur nationalité d'origine.

Article 2.

Les sujets et citoyens des Hautes Parties contractantes seront réciproquement exempts de tout service personnel, soit dans les armées de terre ou de mer, soit dans les gardes ou milices nationales. Ils seront également dispensés de toute charge et fonction judiciaire et municipale quelconque.

Article 3.

Les navires Français de quelque lieu qu'ils viennent, qui entreront, chargés ou sur lest, dans les ports Anseatiques, ne payeront dans ces ports, soit à l'entrée, soit à la sortie, soit durant leur séjour, d'autres ni de plus forts droits de tonnage, de pilotage, de quarantaine, de phare ou autres charges qui pèsent sur la coque des navires, sous quelque dénomination que ce soit, perçus au profit de l'Etat, des communes, des corporations locales, des particuliers ou d'établissements quelconques, que ceux dont sont ou seront passibles les navires Anseatiques venant des mêmes lieux et ayant la même destination.

Les navires Français venant directement d'un port de France avec chargement, ou sans chargement de tout port quelconque, dans les ports Brémois, seront en outre, affranchis de tout droit de tonnage ainsi que des droits de navigation connus sous le nom de „Seeschiff-fahrts-Abgabe.“

Réciproquement les navires Brémois venant directement d'un port Brémois avec chargement, ou sans chargement de tout port quelconque, seront complètement affranchis des droits de tonnage et d'expédition dans les ports de France.

Jusqu'à ce qu'il convienne aux Villes Anseatiques d'exempter leurs propres navires de tout droit de tonnage, comme la France le fait pour les siens, et sauf les exceptions prévues dans le paragraphe précédent, les navires des dites Villes Anseatiques venant directement des ports Anseatiques avec chargement, ou sans chargement d'un port quelconque, payeront dans les ports de France, comme droit de tonnage, pour l'entrée et la sortie réunies, 50 centimes par tonneau, décimes compris; ils seront, d'ailleurs, assimilés aux navires Français pour tous les autres droits ou charges énumérés dans le présent article.

Dans le cas où les droits perçus dans les ports Anseatiques sur les navires Français viendraient à être augmentés, diminués ou supprimés, le droit prélevé en France sur les navires Anseatiques venant directement des ports Anseatiques avec chargement et de tout port quelconque sans chargement, sera modifié dans une proportion équivalente.

Sa Majesté l'Empereur des Français s'engage d'ailleurs à faire jouir les bâtimens des Villes Anseatiques de tout avantage qu'il serait dans le cas d'accorder par la suite dans les ports de ses Etats, aux bâtimens d'une autre nation Européenne par rapport à la navigation indirecte.

Article 4.

Les deux Hautes Parties contractantes se réservent la faculté de prélever, dans leurs

Sie dürfen endlich, um den Genuß der verschiedenen in diesem Artikel erwähnten Rechte zu erlangen, nicht zur Erfüllung irgend einer Verbindlichkeit genöthigt werden, welche sie ihre ursprüngliche Nationalität verlieren lassen könnte.

Artikel 2.

Die Unterthanen und Bürger der Hohen contrahirenden Theile sollen gegenseitig von allem persönlichen Dienste frei sein, sei es in den Heeren zu Land und See, sei es in nationalen Bürgerwehren oder Milizen. Sie sollen ebenfalls von allen richterlichen oder municipalen Aemtern und Functionen entbunden sein.

Artikel 3.

Französische Schiffe, welche mit Ladung oder in Ballast in die Hanseatischen Häfen einlaufen, sollen, woher sie auch kommen mögen, in diesen Häfen weder bei ihrem Eingange, noch bei ihrem Ausgange, noch während ihres Aufenthalts, andere oder höhere Tonnen-, Lootsen-, Quarantaine-, Leuchthurm-Gelder oder sonstige, gleichviel unter welchem Namen, auf dem Schiffskörper ruhende Abgaben entrichten, mögen dieselben für den Staat, die Gemeinden, örtliche Corporationen, Privatpersonen oder irgend welche Anstalten erhoben werden, als diejenigen, welchen die von denselben Orten kommenden und nach denselben Orten bestimmten Hanseatischen Schiffe daselbst unterliegen.

Französische Schiffe, welche beladen direct von einem Französischen Hafen und unbeladen von jedwedem Hafen in die Bremischen Häfen einlaufen, sollen außerdem von allem Tonnengelde, sowie von der Schifffahrtsabgabe, die unter dem Namen „Seeschiffahrts-Abgabe“ bekannt ist, befreit sein.

Gegenseitig sollen Bremische Schiffe, welche beladen direct von einem Bremischen Hafen und unbeladen von jedwedem Hafen kommen, vollständig von Tonnengeld und Abfertigungsgebühren in den Häfen Frankreichs befreit sein.

Bis die Hansestädte es für angemessen erachten, ihre eigenen Schiffe von jedem Tonnengeld zu befreien, wie Frankreich dies für die seinigen thut, und abgesehen von den im vorigen Paragraphen vorgesehenen Ausnahmen, sollen die Schiffe der genannten Hansestädte, welche beladen direct von einem Hanseatischen Hafen und unbeladen von jedwedem Hafen kommen, in den Häfen Frankreichs als Tonnengeld, für Ein- und Ausgang zusammen 50 centimes für die Tonne, einschließlich der Decimen, bezahlen, im Uebrigen sollen sie hinsichtlich aller anderen, im gegenwärtigen Artikel aufgezählten Abgaben oder Auflagen den Französischen Schiffen gleichgestellt sein.

Für den Fall, daß die in den Hanseatischen Häfen von Französischen Schiffen erhobenen Abgaben erhöht, ermäßigt oder abgeschafft werden sollten, wird die in Frankreich von Hanseatischen Schiffen, welche beladen direct aus Hanseatischen Häfen und unbeladen von jedwedem Hafen kommen, erhobene Abgabe in entsprechendem Verhältniß modificirt werden.

Ueberdies verpflichtet sich Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, die Schiffe der Hansestädte an jedem Vortheil Theil nehmen zu lassen, welchen er in Zukunft in den Häfen seiner Staaten den Schiffen einer anderen europäischen Nation hinsichtlich der indirecten Schifffahrt gewähren möchte.

Artikel 4.

Die Hohen contrahirenden Theile behalten sich das Recht vor, in ihren respectiven Häfen

ports respectifs, sur les navires de chacune d'Elles, ainsi que sur les marchandises composant la cargaison de ces navires, des taxes spéciales affectées aux besoins d'un service local.

Il est entendu que les taxes dont il s'agit devront dans tous les cas, être appliquées également aux navires des deux Hautes Parties contractantes, ou à leurs cargaisons.

En ce qui concerne le placement des navires, leur chargement ou leur déchargement, dans les ports, havres, rades ou bassins, et généralement pour toutes les dispositions ou formalités quelconques auxquelles peuvent être soumis les navires de commerce, leurs équipages et leurs cargaisons, il est réciproquement convenu qu'il ne sera accordé aux navires nationaux de l'une des Hautes Parties contractantes aucun privilège, ni aucune faveur qui ne le soit également aux navires de l'autre Puissance, la volonté des Hautes Parties contractantes étant que, sous ce rapport aussi, leurs bâtimens soient traités sur le pied d'une parfaite égalité.

Article 5.

La nationalité et la capacité des navires seront admises, de part et d'autre, d'après les lois et réglemens particuliers à chaque pays, au moyen des documens délivrés aux capitaines par les autorités compétentes.

La perception des droits de navigation se fera respectivement, au choix du capitaine, soit d'après le chiffre du tonnage inscrit sur les documens susmentionnés, soit d'après le mode de jaugeage usité dans le port où se trouve le navire.

Article 6.

Tous les produits et autres objets de commerce dont l'importation ou l'exportation pourra légalement avoir lieu en France par des navires nationaux, pourront également y être importés ou en être exportés par des navires Anséatiques.

Les marchandises importées dans les ports de l'Empire par des navires Anséatiques pourront y être livrées à la consommation, au transit ou à la réexportation, ou enfin être mises en entrepôt, au gré du propriétaire ou de ses ayans-cause, le tout sans être assujéties à des droits de magasinage, de surveillance ou autres charges de même nature, plus forts que ceux auxquels sont ou seront soumises les marchandises apportées par des navires nationaux.

Les mêmes avantages ou facilités sont garantis aux Français dans les Villes Anséatiques.

Article 7.

L'article précédent n'est pas applicable au cabotage, c'est-à-dire au transport de produits ou marchandises chargés dans un port avec destination pour un autre port du même territoire, en tant que, d'après les lois du pays, ce transport n'est pas autorisé sous pavillon étranger.

Article 8.

Les produits de toute nature et de toute origine, importés directement d'un port des Villes Anséatiques en France ou en Algérie, sous pavillon de l'une des Villes Anséatiques, et réciproquement, les marchandises de toute nature

von den Schiffen eines jeden derselben, sowie von den Waaren, welche deren Ladung ausmachen, specielle Abgaben für lokale Bedürfnisse zu erheben.

Es ist verabredet, daß diese Abgaben jedenfalls die Schiffe oder deren Ladungen von beiden Hohen contrahirenden Theilen gleichmäßig treffen müssen.

In Bezug auf das Hinlegen der Schiffe, ihr Einladen und Ausladen in den Häfen, Seeplätzen, Rheden oder Bassins, sowie überhaupt in Hinsicht aller Bestimmungen oder Formlichkeiten irgend welcher Art, welchen die Handelsschiffe, ihre Mannschaften und ihre Ladungen unterworfen werden können, ist man gegenseitig übereingekommen, daß den eigenen Schiffen des einen der Hohen contrahirenden Theile kein Vorrecht und keine Begünstigung zugestanden werden soll, welche nicht in gleicher Weise den Schiffen des anderen zukämen, indem der Wille der Hohen contrahirenden Theile dahin geht, daß auch in dieser Beziehung ihre Schiffe auf dem Fuße einer vollkommenen Gleichstellung behandelt werden sollen.

Artikel 5.

Die Staatsangehörigkeit und Tragfähigkeit der Schiffe soll beiderseitig nach den, jedem Lande eigenthümlichen Gesetzen und Reglements, auf Grund der durch die zuständigen Behörden den Capitainen ausgefertigten Papiere anerkannt werden.

Die Erhebung der Schiffahrts-Abgaben soll gegenseitig, nach der Wahl des Capitains, entweder nach der in den obengenannten Papieren angegebenen Tragfähigkeit oder nach dem, in dem Hafen, in welchem das Schiff sich befindet, üblichen Vermessungs-Verfahren erfolgen.

Artikel 6.

Alle Erzeugnisse und andere Handelsgegenstände, deren Ein- oder Ausfuhr in Nationalschiffen in Frankreich gesetzlich erlaubt ist, können gleichfalls auch in Hanseatischen Schiffen dort ein- oder ausgeführt werden.

Die durch Hanseatische Schiffe in die Häfen des Kaiserreichs eingeführten Waaren sollen daselbst zum Verbrauch, zum Durchgange oder zur Wiederausfuhr, oder endlich nach dem Belieben des Eigenthümers oder seiner Bevollmächtigten zur Niederlage gebracht werden können, und zwar Alles dies ohne höheren Magazinsgebühren, Aufsichts- oder sonstigen Kosten dieser Art unterworfen zu werden, als denjenigen, welchen die in Nationalschiffen eingegangenen Waaren jetzt oder in Zukunft unterliegen.

Dieselben Vortheile und Erleichterungen sind den Franzosen in den Hansestädten gewährleistet.

Artikel 7.

Der vorstehende Artikel soll nicht Anwendung finden auf die Küstenschifffahrt, das heißt, auf die Beförderung von Erzeugnissen oder Waaren, welche in einem Hafen geladen und nach einem anderen Hafen desselben Landesgebiets bestimmt sind, insofern nicht solche Beförderung nach den Landesgesetzen der fremden Flagge erlaubt ist.

Artikel 8.

Erzeugnisse jeder Art und jeden Ursprungs, welche direct von einem Hafen der Hansestädte in Frankreich oder Algerien unter der Flagge einer der Hansestädte eingeführt werden, und gegenseitig, Waaren jeder Art, welche unter Fran-

importées de quelque lieu que ce soit, dans les Villes Anséatiques, sous pavillon Français, jouiront des mêmes exemptions, restitutions de droits, primes ou autres faveurs quelconques; elles ne payeront respectivement d'autres ni de plus forts droits de douane, de navigation ou de péage perçus au profit de l'Etat, des communes, des corporations locales, de particuliers ou d'établissements quelconques et ne seront assujéties à aucune autre formalité que si l'importation en avait lieu sous pavillon national.

Il est entendu que la relâche d'un navire des Villes Anséatiques dans un ou plusieurs ports intermédiaires, ne lui fera pas perdre le bénéfice de l'importation directe, à la condition que ce navire n'aura fait aucune opération d'embarquement dans ces ports d'escale.

Il est expressément entendu que les conditions spéciales imposées en France aux importations effectuées sous pavillon Français, d'ailleurs que des pays d'origine, s'appliqueront aux produits expédiés en France des entrepôts des Villes Anséatiques sous pavillon de ces Villes.

Article 9.

Seront complètement affranchis des droits de tonnage et d'expédition dans les ports respectifs:

1° Les navires qui, entrés sur lest de quelque lieu que ce soit, en ressortiront sur lest;

2° Les navires qui passant d'un port de l'une des Hautes Parties contractantes dans un autre port soit Français, soit Anséatique, tant pour y déposer tout ou partie de leur cargaison, que pour y composer ou pour y compléter leur chargement, justifieront avoir déjà acquitté ces droits;

3° Les navires qui, entrés avec chargement dans un port, soit volontairement soit en relâche forcée, en sortiront sans avoir fait aucune opération de commerce.

Ne seront pas considérés, en cas de relâche forcée, comme opération de commerce, le débarquement et le rechargement des marchandises pour la réparation du navire ou pour sa purification quand il est mis en quarantaine, le transbordement sur un autre navire en cas d'innavigabilité du premier, les dépenses nécessaires au ravitaillement des équipages et la vente des marchandises avariées, lorsque l'administration des douanes en aura accordé l'autorisation.

Les exceptions à la franchise de pavillon qui atteindraient, en France, les navires Français venant d'ailleurs que des Villes Anséatiques, seront communes aux navires Anséatiques faisant les mêmes voyages.

Article 10.

Les navires de l'une des Hautes Parties contractantes entrant dans un port de l'autre et qui n'y voudraient décharger qu'une partie de leur cargaison, pourront, en se conformant aux lois et réglemens des Etats respectifs, conserver à leur bord la partie de leur cargaison qui serait destinée à un autre port, soit du même pays, soit d'un autre, et la réexporter sans être astreints à payer pour cette dernière partie de leur cargaison aucun droit de douane, sauf ceux de surveillance, lesquels d'ailleurs ne pourront être perçus qu'au taux fixé pour la navigation nationale.

zösischer Flagge, woher es auch sei, in den Hansestädten eingeführt werden, sollen derselben Befreiungen, Zollvergütungen, Prämien oder sonstigen Begünstigungen irgend welcher Art theilhaftig, auch gegenseitig keinen anderen, noch höheren Zoll, Schiffsfahrts- oder Wege-Abgaben unterworfen sein, mögen solche für den Staat, Gemeinden, örtliche Corporationen, Privatpersonen oder irgend welche Anstalten erhoben werden, und keiner anderen Formlichkeit unterliegen, als wenn die Einfuhr unter der Landesflagge statt fände.

Man ist übereingekommen, daß der Aufenthalt eines Schiffes der Hansestädte in einem oder mehreren Zwischenhäfen dasselbe der Vortheile der directen Einfuhr nicht verlustig macht, vorausgesetzt, daß dieses Schiff in diesen Zwischenhäfen keine Ladung einnimmt.

Es ist ausdrücklich verabredet, daß die besonderen Bedingungen, welche in Frankreich für die Einfuhren unter Französischer Flagge aus anderen, als den Ursprungsländern bestehen, auch auf die aus den Entrepôts der Hansestädte unter der Flagge dieser Städte nach Frankreich kommenden Waaren Anwendung finden sollen.

Artikel 9.

Von allen Tonnengeldern und Abfertigungsgebühren sollen in den beiderseitigen Häfen frei sein:

1) die Schiffe, die in Ballast von irgend welchem Orte kommen und in Ballast wieder ausgehen;

2) die Schiffe, welche von einem Hafen der Hohen contrahirenden Theile nach einem andern, sei es Französischen, sei es Hanseatischen Hafen gehen, sowohl um dort ganz oder theilweise ihre Ladung zu löschen, als auch um dort ihre Ladung einzunehmen oder zu vervollständigen und beweisen, diese Abgaben bereits bezahlt zu haben;

3) die Schiffe, welche beladen in einen Hafen, sei es freiwillig, sei es im Nothfalle, eingelaufen sind, und wieder auslaufen, ohne irgend eine Handelsoperation gemacht zu haben.

Bei dem Einlaufen in Nothfällen sollen nicht als Handelsoperationen betrachtet werden: das Aus- und Wiedereinladen der Waaren zum Behuf der Ausbesserung des Schiffes, oder seiner Reinigung, wenn es unter Quarantaine ist, das Ueberladen der Ladung auf ein anderes Schiff, falls das erstere nicht mehr seefähig ist, die nothwendigen Ausgaben für die Verproviantirung der Mannschaften und der Verkauf beschädigter Waaren, sofern die Zollverwaltung denselben gestattet hat.

Die Ausnahmen von der Freiheit der Flagge, welche in Frankreich die Französischen, von anderen als Hanseatischen Häfen kommenden Schiffe treffen, finden auch auf die Hanseatischen Schiffe Anwendung, welche dieselben Reisen machen.

Artikel 10.

Die Schiffe des einen der Hohen contrahirenden Theile, welche nach einem der Häfen des anderen Theils kommen und daselbst nur einen Theil ihrer Ladung löschen wollen, können, vorausgesetzt daß sie sich nach den Gesetzen und Reglements des betreffenden Staates richten, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil der Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen, ohne für diesen letzteren Theil der Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen, außer den Aufsichtskosten, welche übrigens nur nach dem für die eigene Schiffsahrt bestehenden Satz erhoben werden dürfen.

Article 11.

Les produits du sol et de l'industrie des Villes Anséatiques jouiront, à leur importation dans les Colonies Françaises, de tous les avantages et faveurs qui sont actuellement ou seront par la suite accordés aux produits similaires de toute autre nation Européenne la plus favorisée, et les bâtimens des Villes Anséatiques seront, dans les Colonies Françaises, à leur entrée, pendant leur séjour, ainsi qu'à leur sortie, qu'ils soient chargés ou sur lest, et sans distinction de provenance, traités en tout point comme ceux de toute autre nation Européenne la plus favorisée.

Article 12.

Les navires des Villes Anséatiques employés à l'intercourse entre les ports des dites Villes et l'Algérie, jouiront dans les ports de cette possession Française d'une réduction de 50 pour cent sur le taux général des droits de tonnage.

Dans le cas où un navire Anséatique entrerait successivement dans plusieurs ports de cette possession pour compléter son déchargement ou son chargement, la totalité des droits de tonnage qui seront perçus, ne pourra dépasser le maximum fixé dans le paragraphe précédent.

Article 13.

Les marchandises de toute nature qui seront exportées des Villes Anséatiques par navires Français, ou de France par navires Anséatiques, pour quelque destination que ce soit, ne seront pas assujéties à d'autres droits ni formalités de sortie, que si elles étaient exportées par navires nationaux, et elles jouiront, sous l'un et l'autre pavillon, de toute prime ou restitution de droits, ou autres faveurs qui seront accordées, dans chacun des deux pays, à la navigation nationale.

Article 14.

Il est fait exception aux stipulations de la présente convention en ce qui concerne les avantages dont les produits de la pêche nationale sont ou pourront être l'objet, tant en France que dans les Villes Anséatiques.

Article 15.

Les stipulations des articles 3, 8 et 12 du présent traité s'appliqueront également aux navires Anséatiques, ainsi qu'à leurs cargaisons, arrivant d'un port du Zollverein. Cette disposition ne pourra, dans aucun cas, entrer en vigueur avant que les navires Français ne soient admis dans ces mêmes ports au bénéfice du traitement national.

Il est entendu que les navires Anséatiques venant directement d'un port du Zollverein en France, seront assujétis aux mêmes droits de tonnage que les navires du Zollverein faisant la même intercourse.

Article 16.

Les fabricans et marchands Français, ainsi que leurs commis-voyageurs, dûment patentés en France dans l'une de ces qualités, pourront, dans les Villes Anséatiques, sans y être soumis à aucun droit de patente, faire des achats pour les besoins de leur industrie et recueillir des commandes, avec ou sans échantillons, mais sans colporter des marchandises.

Artikel 11.

Die Erzeugnisse des Bodens und des Gewerbfleißes der Hansestädte sollen bei ihrer Einfuhr in die Französischen Colonien aller Vortheile und Begünstigungen theilhaftig sein, welche den gleichartigen Erzeugnissen irgend welcher anderen begünstigten europäischen Nation jetzt oder in Zukunft bewilligt werden, und die Schiffe der Hansestädte sollen in den Französischen Colonien bei ihrem Eingange, während ihres Aufenthaltes, sowie bei ihrem Ausgange, mögen sie beladen sein oder in Ballast, und ohne Unterschied der Herkunft, in allen Stücken wie die Schiffe jeder anderen begünstigten europäischen Nation behandelt werden.

Artikel 12.

Die Schiffe der Hansestädte, welche zum Verkehr zwischen den Häfen dieser Städte und Algerien benutzt werden, sollen in den Häfen dieser Französischen Besitzung eine Ermäßigung von 50 pCt. vom allgemeinen Satz der Tonnengelder genießen.

In dem Falle, daß ein Hanseatisches Schiff successive in mehrere Häfen dieser Besitzung einliefe, um seine Löhnung oder seine Ladung zu vervollständigen, soll der Gesamtbetrag der erhobenen Tonnengelder nicht das im vorigen Paragraphen festgestellte Maximum überschreiten.

Artikel 13.

Waaren jeder Art, welche von den Hansestädten in Französischen Schiffen oder von Frankreich in Hanseatischen Schiffen ausgeführt werden, nach welchem Bestimmungsorte es auch sein möge, sollen keinen anderen Ausgangs-Abgaben noch Höflichkeiten unterliegen, als wenn sie durch Nationalschiffe ausgeführt wären, und sollen unter der einen und der anderen Flagge alle Prämien, Rückzölle und andere Begünstigungen genießen, welche in jedem der beiden Länder der nationalen Schifffahrt gewährt werden.

Artikel 14.

Die Bestimmungen der gegenwärtigen Convention erleiden eine Ausnahme in Betreff der Vortheile, deren Gegenstand der nationale Fischfang ist, sowohl in Frankreich als in den Hansestädten.

Artikel 15.

Die Bestimmungen der Artikel 3, 8 und 12 des gegenwärtigen Vertrages beziehen sich ebenfalls auf Hanseatische Schiffe, welche von einem Hafen des Zollvereins kommen, sowie auf deren Ladungen.

Diese Bestimmung kann in keinem Fall in Wirksamkeit treten, ehe nicht die Französischen Schiffe in diesen Häfen den Nationalschiffen gleichgestellt sind.

Es ist verabredet, daß die Hanseatischen Schiffe, welche direct von einem Hafen des Zollvereins nach Frankreich kommen, denselben Tonnengeldern unterworfen sein sollen, wie die Zollvereinschiffe in gleicher Fahrt.

Artikel 16.

Französische Fabrikanten und Kaufleute, sowie ihre Handlungs-Reisenden, welche in Frankreich in einer dieser Eigenschaften gehörig patentirt sind, können in den Hansestädten, ohne dafür einer Gewerbesteuer zu unterliegen, Einkäufe für das von ihnen betriebene Geschäft machen und mit oder ohne Proben Bestellungen suchen, ohne jedoch Waaren mit sich zu führen.

Il y aura réciprocité entre les fabricans et marchands Français, ainsi que leurs commis-voyageurs, dûment patentés en France dans l'une de ces qualités, et les fabricans et marchands des Villes Anséatiques, ainsi que leurs commis-voyageurs, dûment patentés dans l'une de ces villes.

Les objets passibles de droits de douane qui servent d'échantillons pour les Villes Anséatiques, ainsi que les objets passibles de droits de douane qui servent d'échantillons pour les Villes Anséatiques, ne seront pas assujétis à d'autres droits ni formalités de sortie, que si elles étaient exportées par navires nationaux, et elles jouiront, sous l'un et l'autre pavillon, de toute prime ou restitution de droits, ou autres faveurs qui seront accordées, dans chacun des deux pays, à la navigation nationale.

Les Hautes Parties contractantes reconnaissent et s'engagent à reconnaître les droits de douane et les formalités de douane qui sont en vigueur dans les Villes Anséatiques, ainsi que les droits de douane et les formalités de douane qui sont en vigueur dans les Villes Anséatiques, et à les appliquer aux navires Français, ou de France par navires Anséatiques, pour quelque destination que ce soit, ne seront pas assujéties à d'autres droits ni formalités de sortie, que si elles étaient exportées par navires nationaux, et elles jouiront, sous l'un et l'autre pavillon, de toute prime ou restitution de droits, ou autres faveurs qui seront accordées, dans chacun des deux pays, à la navigation nationale.

Les Hautes Parties contractantes reconnaissent et s'engagent à reconnaître les droits de douane et les formalités de douane qui sont en vigueur dans les Villes Anséatiques, ainsi que les droits de douane et les formalités de douane qui sont en vigueur dans les Villes Anséatiques, et à les appliquer aux navires Français, ou de France par navires Anséatiques, pour quelque destination que ce soit, ne seront pas assujéties à d'autres droits ni formalités de sortie, que si elles étaient exportées par navires nationaux, et elles jouiront, sous l'un et l'autre pavillon, de toute prime ou restitution de droits, ou autres faveurs qui seront accordées, dans chacun des deux pays, à la navigation nationale.

Les Hautes Parties contractantes reconnaissent et s'engagent à reconnaître les droits de douane et les formalités de douane qui sont en vigueur dans les Villes Anséatiques, ainsi que les droits de douane et les formalités de douane qui sont en vigueur dans les Villes Anséatiques, et à les appliquer aux navires Français, ou de France par navires Anséatiques, pour quelque destination que ce soit, ne seront pas assujéties à d'autres droits ni formalités de sortie, que si elles étaient exportées par navires nationaux, et elles jouiront, sous l'un et l'autre pavillon, de toute prime ou restitution de droits, ou autres faveurs qui seront accordées, dans chacun des deux pays, à la navigation nationale.

Il y aura réciprocité en France pour les fabricans et marchands Anséatiques et leurs commis voyageurs.

Les formalités nécessaires pour obtenir cette immunité sont réglées par l'alinéa F. du protocole annexé au présent traité.

Article 17.

Les objets passibles d'un droit d'entrée qui servent d'échantillons et qui seront importés dans les Villes Anséatiques par des voyageurs de commerce Français, ou en France par des voyageurs de commerce Anséatiques, seront, de part et d'autre, admis en franchise temporaire moyennant les formalités de douane nécessaires pour en assurer la réexportation ou la réintégration en entrepôt; ces formalités sont réglées par l'alinéa G. du protocole annexé au présent traité.

Article 18.

Les Hautes Parties contractantes déclarent mutuellement reconnaître à toutes les compagnies et autres associations commerciales, industrielles ou financières, ainsi qu'aux sociétés à responsabilité limitée, et autorisées suivant les lois particulières de l'un de deux pays, la faculté d'exercer leurs droits et d'ester en justice, soit pour y intenter une action, soit pour y défendre, dans toute l'étendue du territoire de l'autre Etat, sans autre condition que de se conformer aux lois de cet Etat. Il est entendu que la disposition qui précède s'applique aussi bien aux compagnies et associations constituées et autorisées antérieurement à la signature du présent traité, qu'à celles qui le seraient ultérieurement.

Article 19.

Les Hautes Parties contractantes s'accordent réciproquement le droit de nommer dans les ports et places de commerce de l'autre, des Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agens consulaires, se réservant toutefois de n'en pas admettre dans tels lieux qu'Elles jugeront convenable de désigner. Les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agens consulaires, ainsi que leurs chanceliers, jouiront, à charge de réciprocité, des mêmes privilèges, pouvoirs et exemptions dont jouissent ou jouiront ceux des nations les plus favorisées.

Dans le cas où ils exerceraient commerce, ils seront tenus de se soumettre aux mêmes lois et réglemens auxquels sont soumis, dans le même lieu, par rapport à leurs transactions commerciales, les particuliers de leur nation.

Article 20.

Les dits Consuls-Généraux, Consuls Vice-Consuls et Agens consulaires de chacune des deux Hautes Parties contractantes recevront des autorités locales toute aide et assistance pour la recherche, l'arrestation et la remise des marins et autres individus faisant partie de l'équipage des navires de guerre ou de commerce de leur pays respectif, et qui auraient déserté dans un port situé sur le territoire de l'une des deux Hautes Parties contractantes.

A cet effet, ils s'adresseront par écrit aux tribunaux, juges ou fonctionnaires compétens et

Ebenso soll es in Frankreich mit den Hanseatischen Fabrikanten und Kaufleuten und deren Handlungs- Reisenden gehalten werden.

Die zur Erlangung dieser Steuerfreiheit erforderlichen Formalitäten sind durch das Alinea F. des dem gegenwärtigen Vertrage angefügten Protokolls geregelt.

Artikel 17.

Eingangszollpflichtige Gegenstände, welche als Proben dienen und in den Hansestädten von Französischen Handlungs- Reisenden oder in Frankreich von Hanseatischen Handlungs- Reisenden eingeführt werden, sollen beiderseits, unter den zur Sicherstellung ihrer Wiederausfuhr oder Niederlegung in einem Packhause erforderlichen Zollformalitäten, zeitweise zollfrei zugelassen werden. Diese Formalitäten sind durch das Alinea G. des dem gegenwärtigen Vertrage angefügten Protokolls geregelt.

Artikel 18.

Die Hohen contrahirenden Theile erklären gegenseitig allen Gesellschaften und anderen kommerziellen, industriellen und finanziellen Vereinigungen, sowie Gesellschaften mit beschränkter Verantwortlichkeit, sofern solche nach den besonderen Gesetzen jedes der beiden Länder autorisiert sind, die Befugnis zuerkennen zu wollen, ihre Rechte auszuüben und vor Gericht zu stehen, sei es um dort klagend aufzutreten, sei es um sich zu verteidigen, und zwar für den ganzen Umfang des Gebietes des anderen Staates und ohne andere Bedingungen, als sich den Gesetzen dieses Staates zu unterwerfen.

Es ist verabredet, daß die vorübergehende Bestimmung sowohl auf die schon vor Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages constituirten und autorisirten Gesellschaften, als auf diejenigen, welche es künftig sein werden, Anwendung findet.

Artikel 19.

Die Hohen contrahirenden Theile bewilligen sich gegenseitig das Recht, in den Häfen und Handelsplätzen des anderen Theils General-Consuln, Consuln, Vice-Consuln und Consular-Agenten zu ernennen, mit dem Vorbehalte jedoch, dergleichen an solchen Orten nicht zuzulassen, welche sie zu bezeichnen zweckmäßig erachten. Die General-Consuln, Consuln, Vice-Consuln und Consular-Agenten, sowie deren Kanzler, sollen, unter der Bedingung der Reciprocität, dieselben Vorrechte, Befugnisse und Befreiungen genießen, deren sich diejenigen der meist begünstigten Nationen erfreuen oder erfreuen werden.

Im Falle aber, daß sie Handel treiben würden, sollen sie gehalten sein, sich denselben Gesetzen und Verfügungen zu unterwerfen, welchen die eigenen Staatsangehörigen an demselben Orte in Bezug auf ihre Handelsgeschäfte unterworfen sind.

Artikel 20.

Die gedachten General-Consuln, Consuln, Vice-Consuln und Consular-Agenten eines jeden der Hohen contrahirenden Theile sollen bei den Ortsbehörden jede Hülfe und jeden Beistand für die Ermittlung, Verhaftung und Uebergabe der Seeleute und anderer zur Mannschaft der Kriegsschiffe oder Handelsschiffe ihres betreffenden Landes gehörenden Personen finden, welche in einem auf dem Gebiete eines der hohen contrahirenden Theile belegenen Hafen desertirt sind.

Zu diesem Zwecke werden sie sich schriftlich an die Gerichte, Einzelrichter oder zuständigen

justifieront, par l'exhibition des registres du bâtiment, rôles d'équipages ou autres documents officiels, ou bien, si le navire était parti, par la copie ou un extrait des dites pièces, dûment certifié par eux, que les hommes qu'ils réclament ont réellement fait partie du dit équipage.

Sur cette demande ainsi justifiée la remise ne pourra être refusée.

Les dits déserteurs, lorsqu'ils auront été arrêtés, resteront à la disposition des Consuls, Vice-Consuls et Agens consulaires et pourront même être détenus et gardés dans les prisons du pays, à la réquisition et aux frais des Agens précités, jusqu'au moment où ils seront réintégrés à bord du bâtiment auquel ils appartiennent, ou jusqu'à ce qu'une occasion se présente de les renvoyer dans le pays des dits Agens, soit sur un navire de la même ou de toute autre nation, soit par terre.

Si pourtant cette occasion ne se présentait pas dans le délai de trois mois, à compter du jour de leur arrestation, ou si les frais de leur emprisonnement n'étaient pas régulièrement acquittés par la partie à la requête de laquelle l'arrestation a été opérée, les dits déserteurs seront remis en liberté, sans qu'ils puissent être arrêtés de nouveau pour la même cause.

Néanmoins, si le déserteur avait commis, en outre, quelque délit à terre, son extradition pourra être différée par les autorités locales jusqu'à ce que le tribunal compétent ait dûment statué sur le dernier délit, et que le jugement intervenu ait reçu son entière exécution.

Il est également entendu que les marins ou autres individus faisant partie de l'équipage, sujets du pays où la désertion a eu lieu, sont exceptés des stipulations du présent article.

Article 21.

Toutes les opérations relatives au sauvetage des navires Anseatiques naufragés sur les côtes de France, seront dirigées par les Consuls et Vice-Consuls des Villes Anseatiques, et réciproquement les Consuls ou Vice-Consuls Français dirigeront les opérations relatives au sauvetage des navires de leur nation, naufragés ou échoués sur le territoire des Villes Anseatiques.

L'intervention des autorités locales dans les territoires des Hautes Parties contractantes aura seulement lieu pour maintenir l'ordre, garantir les intérêts des sauveteurs, s'ils sont étrangers aux équipages naufragés, et assurer l'exécution des dispositions à observer pour l'entrée et la sortie des marchandises sauvées.

En l'absence et jusqu'à l'arrivée des Consuls, Vice-Consuls et Agens consulaires, les autorités locales devront, d'ailleurs, prendre toutes les mesures nécessaires pour la protection des individus et la conservation des effets naufragés.

Il est, de plus, convenu que les marchandises sauvées ne seront tenues à aucun droit de douane à moins qu'elles ne soient admises à la consommation locale.

Beamten wenden, und durch Mittheilung der Schiffsregister, der Musterrolle oder anderer amtlicher Dokumente, oder, im Falle das Schiff bereits abgegangen ist, durch gehörig von ihnen beglaubigte Abschrift der genannten Papiere oder durch einen Auszug aus selbigen den Beweis führen, daß die reclamirten Personen wirklich zu der Mannschaft gehört haben.

Auf den in solcher Weise begründeten Antrag soll ihnen die Auslieferung nicht versagt werden.

Die gedachten Deserteurs sollen, sobald sie verhaftet sind, zur Verfügung der General-Consuln, Consuln, Vice-Consuln und Consular-Agenten bleiben, und können selbst auf den Antrag und auf Kosten der genannten Consular-Beamten in den Landesgefängnissen so lange festgehalten und bewahrt werden, bis sie am Bord des Schiffes, welchem sie angehören, wieder eingestellt sein werden, oder bis sich eine Gelegenheit zu ihrer Rücksendung in das Land jener Consular-Beamten, sei es auf einem Schiff derselben oder einer anderen Nation, sei es zu Lande, darbietet.

Wenn eine solche Gelegenheit sich jedoch innerhalb einer Frist von drei Monaten, von dem Tage der Verhaftung an gerechnet, nicht darbieten sollte, oder wenn die Kosten ihrer Haft nicht regelmäßig von dem Theile, auf dessen Antrag die Verhaftung geschehen ist, entrichtet werden, so sollen die gedachten Deserteurs in Freiheit gesetzt werden, ohne daß sie wegen derselben Ursache wieder verhaftet werden können.

Wenn aber der Deserteur außerdem irgend ein Verbrechen oder Vergehen am Lande begangen haben sollte, so soll seine Auslieferung von der Ortsbehörde bis dahin hinausgeschoben werden können, daß die zuständige Gerichtsbehörde ihr Urtheil über die That gefällt hat und das Urtheil vollständig in Ausführung gebracht ist.

Man ist gleichmäßig übereingekommen, daß die Seeleute oder andere zur Schiffsmannschaft gehörende Personen, welche Unterthanen des Landes sind, wo die Desertion stattgefunden hat, von den Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels ausgenommen sein sollen.

Artikel 21.

Alle Maßregeln in Betreff der Rettung Hanseatischer Schiffe, welche an den Küsten Frankreichs gestrandet sind, sollen von den Consuln oder Vice-Consuln der Hansestädte geleitet werden, und ebenso sollen die Französischen Consuln oder Vice-Consuln die Maßregeln in Betreff der Rettung von Schiffen ihrer Nation leiten, welche auf dem Gebiete der Hansestädte gescheitert oder gestrandet sind.

Die Einwirkung der Ortsbehörden in den Gebieten der Hohen contrahirenden Theile soll nur stattfinden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, um die Interessen derjenigen zu wahren, welche die Rettung geleistet haben, vorausgesetzt, daß sie nicht zu der verunglückten Mannschaft gehören, und um die Ausführung der für den Eingang und den Ausgang der geborgenen Waaren zu beobachtenden Bestimmungen sicher zu stellen. In Abwesenheit und bis zur Ankunft der Consuln, Vice-Consuln oder Consular-Agenten sollen übrigens die Ortsbehörden alle zum Schutze der Schiffbrüchigen und zur Aufbewahrung der gestrandeten Sachen erforderlichen Maßregeln treffen.

Uebrigens ist verabredet, daß die geborgenen Waaren keiner Zollabgabe unterliegen sollen, es sei denn, daß sie in den inneren Verbrauch übergehen.

Les Hautes Parties contractantes s'accorderont aucun privilège concernant le commerce entre l'un d'elles et les autres nations.

Les produits des Villes Anseatiques jouiront en France ou en Algérie et dans les ports de France ou en Algérie du même traitement.

En cas de besoin, l'une ou l'autre des Parties contractantes pourra demander à l'autre de lui fournir, à titre de prêt, les services de la marine, le Gouvernement de France s'engageant à rembourser le prêt.

Pendant la durée du prêt, les dits services seront fournis sous quelque forme que ce soit, et les dits services seront fournis à titre de prêt, et non à titre de vente.

Toute contestation relative aux dits services pourra être portée devant les tribunaux compétents par les Parties contractantes.

Pour joindre à la présente convention, les Hautes Parties contractantes ont décidé de déposer, dans les archives de la ville de Hambourg, un exemplaire de la présente convention.

Les sujets des Villes Anseatiques jouiront de la même protection que les sujets des Villes Anseatiques, et les sujets des Villes Anseatiques jouiront de la même protection que les sujets des Villes Anseatiques.

Le présent traité restera en vigueur pendant une période de dix ans, à compter du jour de sa signature, et sera renouvelé automatiquement pour une période de dix ans, à moins qu'il n'ait été dénoncé par l'une des Parties contractantes.

Article 22.

Les Hautes Parties contractantes ne pourront accorder aucun privilège, faveur ou immunité concernant le commerce ou la navigation à un autre Etat qui ne soit aussi, à l'instant, étendu à leurs nationaux respectifs.

Article 23.

Les produits du sol et de l'industrie des Villes Anséatiques jouiront, à leur importation en France ou en Algérie, de tous les avantages et faveurs qui sont accordés aux produits similaires du Zollverein, en vertu du traité du 2. Août 1862 et sous les conditions fixées par ce même traité.

Dans le cas où pendant la durée du présent traité, l'une ou l'autre de Villes Anséatiques serait amenée à augmenter le chiffre des droits qu'elle prélève actuellement sur les produits Français, le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur des Français se réserve la faculté de dénoncer le présent traité à l'égard de cette même Ville Anséatique.

Article 24.

Pendant la durée du présent traité la propriété des marques de fabrique et de commerce, sous quelque forme ou nom que ce soit, ainsi que des étiquettes des marchandises et emballages de toute espèce, appartenant aux sujets et citoyens de l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes, sera réciproquement protégée.

Toute contrefaçon, imitation ou emploi abusif des dites marques, étiquettes et emballages pourra être poursuivie devant les tribunaux compétents par les parties lésées ou leurs ayans-droits.

Pour jouir de la protection stipulée par le premier alinéa du présent article, les sujets et citoyens des Hautes Parties contractantes devront fournir aux tribunaux compétents la preuve d'avoir fait le dépôt des marques, étiquettes et emballages qui leur appartiennent, savoir :

Les sujets Français dans les Villes Anséatiques au tribunal de commerce de chacune d'elles; et les citoyens de Villes Anséatiques en France au greffe du tribunal de commerce ou du Conseil des Prud'hommes de la Seine.

Quant aux dessins et modèles industriels appartenant aux sujets et citoyens de l'une et l'autre des Hautes Parties contractantes, ils jouiront réciproquement de la protection que les lois respectives accordent actuellement ou accorderont par la suite aux dessins et modèles industriels des nationaux.

Article 25.

Le présent traité restera en vigueur pendant douze années à partir de sa mise à exécution. Dans le cas où ni les Sénats des Villes libres et Anséatiques, soit collectivement, soit séparément, ni Sa Majesté l'Empereur des Français, n'auraient notifié douze mois avant la fin de la dite période, sous intention d'en faire cesser les effets, il demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncé.

Artikel 22.

Die Hohen contrahirenden Theile können keinem anderen Staate irgend Privilegien, Begünstigungen oder Freiheiten in Betreff von Handel und Schifffahrt zugestehen, welche nicht auch sofort auf ihre beiderseitigen Unterthanen ausgedehnt werden müssen.

Artikel 23.

Die Erzeugnisse des Bodens und der Industrie der Hansestädte werden bei ihrer Einfuhr in Frankreich oder Algerien alle Vortheile und Begünstigungen genießen, welche den gleichen Erzeugnissen des Zollvereins kraft des Vertrages vom 2. August 1862 gewährt sind und unter den durch diesen Vertrag festgesetzten Bedingungen.

Für den Fall, daß während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages eine oder die andere der Hansestädte sich bewogen sähe, den Betrag der Abgaben zu erhöhen, welche sie gegenwärtig von den Französischen Erzeugnissen erhebt, behält sich die Regierung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen die Befugniß vor, den gegenwärtigen Vertrag für die betreffende Hansestadt zu kündigen.

Artikel 24.

Während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages soll das Eigenthum der Fabrik- und Handelsmarken, unter welcher Form und welchem Namen es auch sei, sowie der Etiketten von Waaren und Verpackungen aller Art, welche den Unterthanen und Bürgern eines oder des anderen der Hohen contrahirenden Theile gehören, gegenseitig geschützt sein.

Jede Fälschung, Nachahmung oder Mißbrauch der genannten Marken, Etiketten und Verpackungen kann vor den zuständigen Gerichten durch die geschädigten Parteien oder ihre rechtlichen Vertreter verfolgt werden.

Um den im ersten Alinea des gegenwärtigen Artikels festgesetzten Schutz zu genießen, müssen die Unterthanen und Bürger der Hohen contrahirenden Theile den zuständigen Gerichten den Beweis liefern, die Marken, Etiketten und Verpackungen, die ihnen gehören, deponirt zu haben, nämlich :

Die Französischen Unterthanen in den Hansestädten bei dem Handelsgerichte der betreffenden Stadt; und die Bürger der Hansestädte in Frankreich bei dem Secretär des Handelsgerichtes oder dem Rath der Sachverständigen der Seine.

Was die industriellen Muster und Modelle betrifft, welche den Unterthanen und Bürgern des einen oder des anderen der Hohen contrahirenden Theile gehören, so sollen sie gegenseitig den Schutz genießen, den die bezüglichen Gesetze den industriellen Mustern und Modellen der Nationalen gegenwärtig gewähren oder künftig gewähren werden.

Artikel 25.

Gegenwärtiger Vertrag soll während zwölf Jahre, von dem Zeitpunkt, wann er ins Leben tritt gerechnet, in Kraft bleiben. Für den Fall, daß weder die Senate der freien und Hansestädte, sei es gemeinschaftlich oder einzeln, noch Seine Majestät der Kaiser der Franzosen zwölf Monate vor dem Ablauf des gedachten Zeitraums ihre Absicht, seine Wirkungen aufhören zu lassen, kundgegeben haben sollten, bleibt derselbe in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem einer oder der andere der Hohen contrahirenden Theile denselben gekündigt hat.

de Prusse, Chevalier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, Grand' Croix de l'Ordre de Léopold de Belgique, Chevalier de seconde classe avec plaque de l'Ordre de la Couronne de Prusse etc.,
et

Sa Majesté l'Empereur des Français.

Mr. Alexandre Johan Henri de Clercq, Ministre Plénipotentiaire, Commandeur de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, Chevalier de première classe de l'Ordre Royal de l'Aigle rouge de Prusse, Grand Officier de l'Ordre de la Couronne de Chêne des Pays-Bas, Commandeur de première classe du Lion de Zähringen, etc.

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs, et les avoir trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants.

Article 1er.

Le droit exclusif des auteurs de publier leurs ouvrages d'esprit ou d'art, tels que livres, écrits, oeuvres dramatiques, compositions musicales, tableaux, gravures, lithographies, dessins, travaux de sculpture et autres productions littéraires et artistiques, sera protégé réciproquement dans les Etats respectifs, de telle sorte que la réimpression et la reproduction illicites des oeuvres publiées primitivement dans l'un d'eux, seront assimilées dans l'autre à la réimpression et à la reproduction illicites des ouvrages nationaux; et dès lors toutes les lois, ordonnances et stipulations aujourd'hui existantes ou qui pourraient par la suite être promulguées au sujet du droit exclusif de publication des oeuvres littéraires et artistiques, seront applicables à cette contrefaçon.

Les Représentans légaux ou les ayans-cause des auteurs d'oeuvres intellectuelles ou artistiques jouiront sous tous les rapports des mêmes droits que les auteurs eux-mêmes.

Article 2.

Les stipulations de l'article 1er s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales en tant que les lois de chacun des Etats respectifs garantissent ou garantiront par la suite protection aux oeuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Article 3.

Pour assurer à tout ouvrage intellectuel ou artistique la protection stipulée dans les articles précédens, les auteurs devront établir au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale, qui dans le pays où elle a été publiée jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Article 4.

L'auteur de tout ouvrage publié dans l'un des deux pays qui aura entendu réserver son droit de traduction, jouira pendant cinq années, à partir du jour de la première publication de la traduction de son ouvrage, autorisée par lui,

dem Könige von Preußen, Ritter des Kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, Großkreuz des Belgischen Leopold-Ordens, Ritter zweiter Classe mit Stern des Königlich Preussischen Kronen-Ordens etc.

und

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen.

Herrn Alexander Johan Heinrich de Clercq, bevollmächtigten Minister, Commandeur des Kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, Ritter erster Classe des Königlich Preussischen rothen Adler-Ordens, Großoffizier des Niederländischen Ordens der Eichen-Krone, Commandeur erster Classe des Bähringer Löwen etc.

welche, nachdem sie ihre beiderseitigen Vollmachten sich mitgetheilt und dieselben in guter und gehöriger Ordnung befunden hatten, über folgende Artikel übereingekommen sind.

Artikel 1.

Das ausschließliche Recht der Autoren, ihre Werke des Geistes oder der Kunst zu vervielfältigen, wie Bücher, Schriften, dramatische Werke, musikalische Compositionen, Gemälde, Kupferstiche, Steindrücke, Zeichnungen, Bildhauerarbeiten und andere literarische und künstlerische Erzeugnisse, soll in den betreffenden Staaten gegenseitig geschützt werden, in solcher Weise, daß der Nachdruck oder die unbefugte Nachbildung der ursprünglich in einem derselben erschienenen Werke in dem anderen dem Nachdruck oder der unbefugten Nachbildung der in dem betreffenden Staate selbst erschienenen Werke gleichgestellt werden soll, und werden sofort alle Gesetze, Verordnungen und gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden, welche in diesem Staate in Beziehung auf das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse bestehen oder in der Folge erlassen werden könnten.

Die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Urheber von Werken des Geistes oder der Kunst sollen in allen Beziehungen dieselben Rechte genießen, wie die Urheber selbst.

Artikel 2.

Die Bestimmungen des Artikels 1 finden in gleicher Weise Anwendung auf die Aufführung oder Darstellung dramatischer oder musikalischer Werke, insoweit die Gesetze eines jeden der betreffenden Staaten den obgedachten Werken, welche auf ihrem Gebiete zum ersten Male aufgeführt oder dargestellt werden, Schutz verleihen oder in der Folge verleihen sollten.

Artikel 3.

Um jedem Werke des Geistes oder der Kunst den in den vorstehenden Artikeln bestimmten Schutz zu sichern, müssen die Urheber desselben erforderlichen Falles durch ein von einer öffentlichen Behörde erteiltes Zeugniß feststellen, daß der fragliche Gegenstand ein Originalwerk ist, welches im Lande seines Erscheinens gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießt.

Artikel 4.

Der Verfasser eines jeden in einem der beiden Länder erschienenen Werkes, welcher sich ausdrücklich das Recht der Uebersetzung vorbehalten hat, wird während eines Zeitraumes von fünf Jahren, gerechnet vom Tage der ersten Veröffentlichung

du privilège de protection contre la publication dans l'autre pays, de toute traduction du même ouvrage non autorisée par lui, et ce, sous les conditions suivantes :

- 1° Il faudra que l'auteur ait indiqué en tête de son ouvrage l'intention de se réserver le droit de traduction;
- 2° La dite traduction autorisée devra avoir lieu au moins en partie, dans le délai d'un an;
- 3° Pour les ouvrages publiés par livraisons, il suffira que la déclaration de l'auteur, qu'il entend se réserver le droit de traduction, soit exprimé dans la première livraison. Toutefois en ce qui concerne le terme de cinq ans assigné par cet article pour l'exercice du droit privilégié de traduction, chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé.

Article 5.

L'exposition et la vente de réimpressions et reproductions illicites des oeuvres indiquées dans l'article 1er sont prohibées dans les Etats respectifs sans qu'il y ait à distinguer si ces réimpressions et reproductions proviennent de l'un des Etats mêmes ou de tout autre pays.

Article 6.

Les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Article 7.

La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions, qui auraient déjà été publiées, introduites ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des Etats des Hautes Parties contractantes antérieurement à sa publication.

Les deux Hautes Parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article, ne pourra plus avoir lieu.

Article 8.

Pour faciliter l'exécution de ce traité les deux Hautes Parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances, que chacune d'elles aurait ou pourrait à l'avenir promulguer pour garantir le commerce légitime contre la réimpression et reproduction illicites.

Article 9.

Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux Hautes Parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire à leur convenance par des mesures législatives ou administratives le commerce, la représentation, l'exposition (Feilhaltung) ou la vente de reproductions littéraires ou artistiques.

der Uebersetzung seines Werkes, welche er selbst genehmigt hat, das Privilegium des Schutzes gegen die Veröffentlichung einer jeden von ihm nicht genehmigten Uebersetzung des Werkes in dem anderen Lande genießen, und zwar unter den folgenden Bedingungen :

- 1) Der Verfasser muß an der Spitze seines Werkes die Absicht, sich das Recht der Uebersetzung vorzubehalten, kund gegeben haben.
- 2) Die gedachte genehmigte Uebersetzung muß wenigstens theilweise im Laufe eines Jahres erschienen sein.
- 3) Hinsichtlich der Werke, welche in Lieferungen erscheinen, wird es genügen, wenn die Erklärung des Verfassers, daß er sich ausdrücklich das Recht der Uebersetzung vorbehalte, in der ersten Lieferung kund gegeben ist. Was jedoch die Frist von fünf Jahren betrifft, welche in diesem Artikel zur Ausübung des Privilegiums der Uebersetzung bestimmt worden, wird jede Lieferung als ein besonderes Werk betrachtet.

Artikel 5.

Die Feilhaltung und der Verkauf von Nachdrücken und unbefugten Nachbildungen der im Artikel 1 verzeichneten Werke sind in den betreffenden Staaten verboten, ohne Unterschied, ob diese Nachdrücke und Nachbildungen in einem der Staaten selbst oder in irgend einem anderen Lande veranstaltet sind.

Artikel 6.

Die beiden Hohen Contrahenten verpflichten sich, durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel die Erfüllung der in den vorhergehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu sichern, und den Angehörigen des anderen Staates denselben Rechtsschutz, wie denjenigen des eigenen Staates zu gewähren.

Die richterlichen Behörden eines jeden Staates werden nach den bestehenden Gesetzen über die Frage entscheiden, was als Nachdruck oder unbefugte Nachbildung anzusehen sei.

Artikel 7.

Die gegenwärtige Uebereinkunft kann die Veröffentlichung oder den Verkauf von Nachdrücken oder Nachbildungen, welche schon vor der Publication dieses Vertrages in einem der Staaten der Hohen contrahirenden Theile bereits ganz oder theilweise veröffentlicht, eingeführt oder bestellt sein sollten, nicht behindern.

Die beiden Hohen Contrahenten behalten es sich vor, über die Feststellung einer Frist sich zu verständigen, nach deren Ablauf der Verkauf der in dem gegenwärtigen Artikel bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht länger stattfinden soll.

Artikel 8.

Um die Ausführung dieses Vertrages zu erleichtern, werden die beiden Hohen contrahirenden Theile sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jeder von ihnen erlassen hat oder in Zukunft erlassen wird, um den rechtlichen Handel gegen den Nachdruck und die unbefugte Vervielfältigung zu sichern.

Artikel 9.

Die Bestimmungen dieses Vertrages können das Recht der Hohen contrahirenden Theile nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder inneren Verwaltung den Verkehr, die Darstellung oder Feilhaltung oder den Verkauf literarischer oder künstlerischer Nachbildungen nach ihrem Gutdünken zu überwachen, zu gestatten oder zu verbieten.

De même, avec la présente convention de manière à ce que les Parties contractantes sur leur propre territoire législatif intérieure ou par des lois, seraient entrées reproductions illicites.

Ar.
Pendant la durée des objets suivants, s'ils en sont estampés, gravés, lithographiés, cotes géographiques, musicales, planches gravées en bois ou en métal, des cartes, des tableaux et des objets réceptifs de tous sans certifier.

Les livres
Villes Anstätt
tant à l'entree
ph. savoir :
1° les livres
bureaux
bourg, Po
Caillé, St
Née, Mar
Hirre, Lill
Bastia;
2° les livres e
cise par le
par les bu
Louis, Ver
le Perthus
Nantes, S
Boulogne
Ajaccio,
sans préjudice
pourraient et
le même effe
Dans les
d'importation
admis par tou

Dans le c
son viendrait
l'un des Etats
que cet impôt
les livres, es
importés de l'a
Néanmoins
cet impôt ne
ceux qui n'ont
pays possédant
de consommation

La présente
immédiatement
à partir du jour

De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des Hautes Parties contractantes de prohiber l'importation sur leur propre territoire des livres, que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats, feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Article 10.

Pendant la durée de la présente Convention les objets suivants, savoir:

livres en toutes langues,
estampes,
gravures,
lithographies et photographies,
cartes géographiques ou marines,
musique,
planches gravées en cuivre, acier, zinc,
étain ou bois et pierres lithographiques,
couvertes de dessins, gravures ou écritures, destinées aux impressions sur papier autre que papiers de tenture,
tableaux et dessins,

seront réciproquement admis en franchise de droits sans certificats d'origine.

Article 11.

Les livres d'importation licite venant des Villes Anséatiques, seront admis en France, tant à l'entrée qu'au transit direct ou par entrepôt, savoir:

- 1° les livres en langue Française par les bureaux de Forbach, Wissembourg, Strasbourg, Pontarlier, Bellegarde, Pont-de-la-Caille, St. Jean de Maurienne, Chambéry, Nice, Marseille, Bayonne, St. Nazaire, le Havre, Lille, Valenciennes, Thionville et Bastia;
- 2° les livres en toute autre langue que Française par les mêmes bureaux et, en outre, par les bureaux de Sarreguemines, St. Louis, Verrières de Joux, Perpignan (par le Perthus), le Perthus, Béthobie, Bordeaux, Nantes, St. Malo, Caen, Rouen, Dieppe, Boulogne, Calais, Dunkerque, Apach et Ajaccio,

sans préjudice toutefois des autres bureaux qui pourraient être ultérieurement désignés pour le même effet.

Dans les Villes Anséatiques les livres d'importation licite venant de France, seront admis par tous les bureaux de douane.

Article 12.

Dans le cas où un impôt de consommation viendrait à être établi sur le papier dans l'un des Etats respectifs, il est bien entendu que cet impôt atteindrait proportionnellement les livres, estampes, gravures et lithographies, importés de l'autre pays.

Néanmoins, en ce qui concerne les livres, cet impôt ne sera éventuellement appliqué qu'à ceux qui auront été publiés dans l'un ou l'autre pays postérieurement à la création de l'impôt de consommation dont il s'agit.

Article 13.

La présente convention entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications, à partir du jour que le Gouvernement de chacune

Auch soll keine der Bestimmungen gegenwärtiger Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß sie das Recht der Hohen contrahirenden Theile beeinträchtigt, die Einfuhr solcher Bücher in ihr eigenes Gebiet zu untersagen, welche ihre innere Gesetzgebung oder Verträge mit anderen Staaten in die Kategorie unbefugter Nachbildungen stellen.

Artikel 10.

Während der Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft sollen die folgenden Gegenstände, nämlich:

Bücher in allen Sprachen,
Kupferstiche,
Stiche anderer Art, sowie Holzschnitte,
Lithographien und Photographien,
Land- oder See-Karten,
Musikalien,
Gestochene Kupfer-, Stahl-, Zink- und Zinnplatten, geschnittene Holzstöcke, sowie lithographische Steine mit Zeichnungen, Stichen oder Schrift zum Gebrauch für den Umdruck auf Papier, ausgenommen Papiertapeten,
Gemälde und Zeichnungen,

gegenseitig, ohne Ursprungszeugnisse, zollfrei zugelassen werden.

Artikel 11.

Die zur Einfuhr erlaubten Bücher, welche aus den Hansestädten kommen, sollen in Frankreich sowohl zum Eingange, als auch zur unmittelbaren Durchfuhr oder zur Niederlage bei folgenden Zollämtern abgefertigt werden, nämlich:

1. Bücher in Französischer Sprache in Forbach, Weissenburg, Strassburg, Pontarlier, Bellegarde, Pont-de-la-Caille, St. Jean de Maurienne, Chambéry, Nizza, Marseille, Bayonne, St. Nazaire, Havre, Lille, Valenciennes, Thionville und Bastia;
2. Bücher in anderer, als Französischer Sprache bei den nämlichen Zollämtern und außerdem in Saargemünd, St. Louis, Verrières de Joux, Perpignan (über la Perthus), la Perthus, Béthobie, Bordeaux, Nantes, St. Malo, Caen, Rouen, Dieppe, Boulogne, Calais, Dünkirchen, Apach und Ajaccio.

Es bleibt vorbehalten, in der Folge noch andere Zollämter dafür zu bestimmen.

In den Hansestädten sollen die zur Einfuhr erlaubten Bücher, welche aus Frankreich kommen, bei allen Zollämtern zugelassen werden.

Artikel 12.

Für den Fall, daß in einem der betreffenden Staaten eine Verbrauchs-Abgabe auf Papier gelegt werden sollte, ist man übereingekommen, daß die aus dem anderen Lande eingehenden Bücher, Kupferstiche, Stiche anderer Art und Lithographien von dieser Abgabe verhältnißmäßig betroffen werden sollen.

Auf Bücher soll indessen diese Abgabe eintretenden Falles nur insoweit Anwendung finden, als dieselben nach Einführung einer solchen Verbrauchs-Abgabe in dem anderen Lande veröffentlicht worden sind.

Artikel 13.

Die gegenwärtige Uebereinkunft wird sogleich nach Auswechselung der Ratifikationen in Kraft treten, von dem Tage an gerechnet, welchen die

des Hautes Parties contractantes aura fixé et les stipulations de cette convention ne s'appliqueront qu'aux oeuvres ou objets qui seront publiés après cette époque.

Néanmoins, cette clause ne saurait infirmer les dispositions de l'article 7 (2^{me} §) concernant la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions publiées antérieurement à la promulgation du présent traité demeure interdite.

Article 14.

La présente convention restera en vigueur pendant douze ans à partir du jour de sa mise à exécution, et dans le cas où ni Sa Majesté l'Empereur des Français, ni les Sénats des Villes libres et Anseatiques, soit collectivement, soit séparément, n'auraient déclaré avant l'expiration de ces douze années l'intention de dénoncer la dite convention, elle restera en vigueur encore une année et ainsi de suite d'année en année jusqu'à l'expiration d'une année après que l'une des Parties aura notifié l'intention de la dénoncer.

Cependant les Hautes Parties contractantes se réservent le droit d'apporter à la présente convention, après s'être réciproquement entendus, tout changement, qui ne serait pas en contradiction avec son esprit et ses principes et que l'expérience pourrait faire reconnaître nécessaire à son application.

Article 15.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris dans le délai de trois mois ou plutôt si faire se peut, à partir du jour de la signature.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention en quadruple expédition et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Hambourg, le 4 Mars de l'année mil huit cent soixante cinq.

(signé) **Merck.** (signé) **Geffcken.**
(L. S.) (L. S.)
(signé) **de Clercq.**
(L. S.)

Protocole de clôture.

Au moment de procéder à la signature du traité de commerce et de navigation ainsi que de la convention littéraire conclus à la date de ce jour entre les Villes libres et Anseatiques et la France, les Plénipotentiaires soussignés ont énoncé les réserves et déclarations suivantes:

I. En ce qui concerne le traité de commerce et de navigation.

A. Quant à l'article 1, il a été entendu que ses dispositions ne devaient pas avoir pour effet de priver les Gouvernements des Hautes Parties contractantes du droit d'appliquer aux sujets et citoyens respectifs les lois et règlements de police, qui sont actuellement ou seront à l'avenir en vigueur, de part et d'autre sur les voyageurs, les personnes sans ressources et les gens sans aveu.

Régierung jedes der Hohen contrahirenden Theile festgestellt haben wird, und die Bestimmungen dieser Uebereinkunft sind nur anwendbar auf Werke oder Gegenstände, welche nach diesem Termine veröffentlicht werden.

Dennoch kann diese Clausel die Bestimmungen des Art. 7 (im Absatz 2) nicht beeinträchtigen in Betreff der Feststellung einer Frist, nach deren Ablauf der Verkauf von Nachdrucken, welche vor der Bekanntmachung des gegenwärtigen Vertrages erschienen sind, verboten ist.

Artikel 14.

Gegenwärtige Convention soll während zwölf Jahre vom Tage ihrer Ausführung an gerechnet in Kraft bleiben, und wenn weder Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, noch die Senate der freien und Hansestädte, sei es gemeinschaftlich oder einzeln, vor Ablauf dieser zwölf Jahre ihre Absicht, die gedachte Uebereinkunft zu kündigen, erklären sollten, so wird sie noch ein Jahr in Kraft bleiben und so fernerhin von Jahr zu Jahr bis zum Ablauf eines Jahres, nachdem einer der Hohen Contrahenten seine Absicht sie zu kündigen, wird kund gegeben haben.

Jedoch behalten die Hohen Contrahenten sich das Recht vor, nach gegenseitiger Verständigung diese Uebereinkunft auf jede Weise zu verändern, welche nicht mit ihrem Geiste und ihren Grundsätzen im Widerspruch stehen würde und welche die Erfahrung zu ihrer Ausführung könnte erforderlich erscheinen lassen.

Artikel 15.

Die gegenwärtige Uebereinkunft wird ratificirt werden, und ihre Ratificationen sollen zu Paris innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Tage der Unterzeichnung, oder früher wenn möglich, ausgetauscht werden.

Zur Beglaubigung dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft in vier Exemplaren unterzeichnet und derselben ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Hamburg, am vierten März des Jahres achtzehnhundert fünf und sechzig.
(gez.) **Merck.** (gez.) **Geffcken,**
(L. S.) (L. S.)
(gez.) **de Clercq.**
(L. S.)

Schluß-Protokoll.

Bei der Unterzeichnung des Handels- und Schiffsahrtsvertrages, sowie der literarischen Convention, welche am heutigen Tage zwischen den freien und Hansestädten und Frankreich abgeschlossen sind, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten die nachstehenden Vorbehalte und Erklärungen niedergelegt:

I. In Betreff des Handels- und Schiffsahrtsvertrages.

A. Hinsichtlich des Artikels 1 ist verabredet, daß seine Bestimmungen den Regierungen der Hohen contrahirenden Theile nicht das Recht nehmen sollen, auf die betreffenden Unterthanen und Bürger die Gesetze und Polizeivorschriften anzuwenden, welche auf beiden Seiten über Reisende, Personen ohne Subsistenzmittel und Leute ohne Ausweis in Kraft bestehen oder noch treten werden.

B. Il est également entendu que tant que la stipulation de la loi Hambourgeoise du 28. Décembre 1864, qui impose aux étrangers l'obligation de fournir caution pour les déclarations de douane en transit continuera de subsister, les Français resteront soumis à l'accomplissement de cette formalité.

C. On adoptera de part et d'autre comme base fixe pour la perception des droits de navigation et de la taxe de compensation le rapport suivant entre le last et le tonneau Français, savoir :

I last de commerce de Hambourg (6000 livres) = 2 tonneaux Français.

I last de Lubeck et de Brême (4000 livres) = $1\frac{1}{2}$ tonneaux Français.

D. Le Plénipotentiaire Français a déclaré que son Gouvernement a l'intention de dispenser par mesure générale à partir de la mise en vigueur du traité de commerce, conclu le 2. Août 1862 entre la France et le Zollverein, les importateurs étrangers de l'obligation de joindre à leurs expéditions les certificats d'origine et les factures, prévus par les articles 13 et 14 de ce traité.

E. Le Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur des Français a déclaré en outre que son Gouvernement était disposé à étendre aux expéditions internationales par chemins de fer, originaires ou à destination des Villes Anséatiques, le bénéfice de la convention spéciale sur le service des chemins de fer, signée à Berlin le 2. Août 1862, dès que, conformément à l'article 21 de cette convention, le Zollverein et les Villes Anséatiques se seront concertées avec la France sur les formes de l'accession des dites Villes.

F. Pour jouir de l'immunité des droits de patente, stipulée par l'article 16 du traité les voyageurs de commerce Français devront être munis d'un certificat de patente conforme au modèle ci-joint et les voyageurs de commerce des Villes Anséatiques d'un acte de légitimation qui sera délivré conformément aux modèles ci-joints sous la lettre A. pour les fabricans ou marchands et sous la lettre B. pour les commis-voyageurs.

Ces documents seront valables pour le cours de l'année pour laquelle ils ont été expédiés. Ils présenteront le signalement et la signature du porteur et seront revêtus du sceau ou cachet de l'autorité compétente qui les a délivrés.

Sur l'exhibition de ces documents les voyageurs de commerce respectifs, après que leur identité aura été reconnue, obtiendront de l'autorité compétente de l'autre Etat, savoir dans les Villes Anséatiques une patente modèle C., en France une patente modèle H. Les voyageurs de commerce Français seront tenus de se munir de la patente modèle C. dans chacune des Villes Anséatiques, qu'ils parcourront pour leurs affaires, sans être, de ce chef, assujétis à aucune formalité ou taxe autre que celles qui sont imposées aux citoyens et sujets de chacune des Villes Anséatiques voyageant pour leur commerce.

G. Pour assurer l'exécution de l'article 17 du traité qui autorise l'admission réciproque en franchise des échantillons importés par des voyageurs de commerce des deux pays, il a été convenu ce qui suit :

1° Chacun des Etats contractans désignera sur son territoire les bureaux ouverts à l'importation

B. Ebenso ist verabredet, daß so lange die Bestimmung des Hamburgischen Gesetzes vom 28. December 1864, welche die Fremden verpflichtet, für die Transitolldeclarationen Caution zu leisten, fortbesteht, die Franzosen dieser Formlichkeit unterworfen bleiben.

C. Man wird beiderseitig für die Erhebung der Schiffsabgaben und der Ausgleichungsgebühr als feste Grundlage für das Verhältniß zwischen der Last und dem Französischen Tonneau annehmen, nämlich :

1 Hamburger Commerzlast (6000 Z) = 2 Französische Tonneau.

1 Lübecker und Bremer Last (4000 Z) = $1\frac{1}{2}$ Französische Tonneau.

D. Der Französische Bevollmächtigte hat erklärt, daß seine Regierung beabsichtigt, durch eine allgemeine Maßregel, sobald der zwischen Frankreich und dem Zollverein geschlossene Handelsvertrag vom 2. August 1862 in Kraft tritt, die fremden Importeure von der durch Artikel 13 und 14 dieses Vertrages vorgesehenen Verpflichtung zu befreien, ihren Sendungen Ursprungszeugnisse und Facturen beizufügen.

E. Der Bevollmächtigte Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen hat außerdem erklärt, daß seine Regierung bereit ist, die Vortheile der Specialconvention über den Eisenbahnverkehr, unterzeichnet zu Berlin den 2. August 1862, auf die von den Hansestädten kommenden oder dorthin gehenden internationalen Eisenbahnsendungen auszudehnen, sobald gemäß dem Artikel 21 dieser Convention der Zollverein und die Hansestädte sich mit Frankreich über die Formen des Beitritts der gedachten Städte geeinigt haben.

F. Um der, im Artikel 26 des Vertrages vereinbarten Gewerbesteuer-Freiheit theilhaftig zu werden, müssen die Französischen Handlungsreisenden mit einem, dem anliegenden Muster I. entsprechenden Gewerbesteuer-Certificat und die Handlungsreisenden der Hansestädte mit einem Legitimationschein versehen sein, welcher für die Fabrikanten und Kaufleute nach dem anliegenden Muster A., für die reisenden Handlungsdiener nach dem anliegenden Muster B. auszufüllen ist.

Diese Bescheinigungen sind während des Kalenderjahres gültig, für welches sie ausgestellt sind. Sie müssen die Personal-Beschreibung und die Unterschrift des Inhabers enthalten und mit dem Siegel der Behörde, von welcher sie ausgestellt sind, versehen sein.

Gegen Vorzeigung dieser Bescheinigungen erhalten die Handlungsreisenden, nachdem ihre Identität anerkannt ist, von der zuständigen Behörde des anderen Staates einen Gewerbechein, und zwar in den Hansestädten nach dem Muster C., in Frankreich nach dem Muster H. Die Französischen Handlungsreisenden sind verpflichtet, in jeder der Hansestädte, welche sie ihrer Geschäfte wegen bereisen, sich mit einem besonderen Gewerbechein nach dem Muster C. zu versehen, ohne jedoch dieserhalb anderen Formlichkeiten oder Gebühren unterworfen zu sein, als denjenigen, welche den Bürgern und Unterthanen jeder der Hansestädte, die für ihren Handel reisen, auferlegt sind.

G. Um die Ausführung des Artikels 17 des Vertrages zu sichern, welcher die gegenseitige zollfreie Zulassung von Proben durch Handlungsreisende beider Länder erlaubt, ist folgendes verabredet :

1. Jeder der contrahirenden Staaten bestimmt für sein Gebiet, welche Ämter befugt

tation ou à la réexportation des échantillons précités. La réexportation pourra également avoir lieu par un bureau autre que celui d'importation.

2° A l'importation, on devra fixer le montant des droits à acquitter pour ces échantillons, montant qui devra ou être déposé en espèces ou dûment cautionné.

3° Afin de bien contaster leur identité, les échantillons seront, autant que possible, marqués par l'apposition de timbres, de plombs ou de cachets, le tout sans frais.

4° Le bordereau qui sera dressé de ces échantillons et dont les États contractans auront à déterminer la forme, devra contenir:

- a) l'énumération des échantillons importés, leur espèce et les indications propres à faire reconnaître leur identité;
- b) l'indication du droit qui frappe les échantillons ainsi que la mention que le montant des droits a été acquitté en espèces ou cautionné;
- c) l'indication de la manière dont les échantillons ont été marqués;
- d) la fixation du délai à l'expiration duquel le montant du droit payé d'avance sera définitivement acquis à la douane, ou, s'il a été cautionné, réclamé à la personne garante, à moins que la preuve de la réexportation des échantillons ou leur réintégration en entrepôt ne soit fournie. Ce délai ne devra pas dépasser une année.

5° Lorsque avant l'expiration du délai fixé (4. d.) les échantillons seront présentés à un bureau ouvert à cet effet, pour être réexportés ou réintégrés en entrepôt, ce bureau devra s'assurer que les objets dont la réexportation doit avoir lieu sont identiquement les mêmes que ceux présentés à l'importation. Lorsqu'il n'y aura aucun doute à cet égard, le bureau constatera la réexportation ou la réintégration en entrepôt et restituera le montant des droits déposés en espèces à l'entrée ou prendra les mesures nécessaires pour décharger la caution.

II. En ce qui concerne la convention littéraire.

A) Il est convenu que par le fait de la mise à exécution de la convention littéraire signée à la date de ce jour avec les trois Villes Anscatiques, la convention spéciale relative au même objet conclue le 2. Mai 1856 entre la France et la Ville libre de Hambourg sera considérée comme nulle et non avenue.

B) En présence de la situation particulière créée entre la France et la Ville libre de Hambourg relativement à la protection des œuvres d'esprit et d'art par ce même traité du 2. Mai 1856, situation que les dispositions arrêtées à la date de ce jour ont pour unique objet de confirmer et d'étendre, il demeure entendu:

1° que les stipulations de l'article 7 ne sont applicables qu'aux seules Villes de Lubeck et de Brême;

2° que le délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans

sont, die vorerwähnten Proben bei der Ein- und Ausfuhr abzufertigen. Die Ausfuhr darf auch über ein anderes Amt, als dasjenige, über welches die Einfuhr bewirkt ist, erfolgen.

2. Bei der Einfuhr ist der Betrag des auf den Proben haftenden Eingangszolls zu ermitteln und von dem Handlungsreisenden bei dem abfertigenden Amte entweder baar niederzulegen oder vollständig sicher zu stellen.

3. Zum Zweck der Festhaltung der Identität sind die einzelnen Probenstücke, soweit es angeht, durch aufgedruckte Stempel oder durch angehängte Siegel oder Bleie kostenfrei zu bezeichnen.

4. Das Abfertigungs-Papier, über welches die näheren Anordnungen von jedem der vertragenden Staaten ergeben, soll enthalten:

- a) ein Verzeichniß der eingebrachten Probenstücke, in welchem die Gattung der Waare und solche Merkmale sich angeben finden, die zur Festhaltung der Identität geeignet sind;
- b) die Angabe des auf den Proben haftenden Eingangszolls, sowie darüber, ob derselbe niedergelegt oder sichergestellt worden ist;

c) die Angabe über die Art der Bezeichnung;

d) die Bestimmung der Frist, nach deren Ablauf, soweit nicht vorher die Wiederausfuhr der Proben nach dem Auslande oder deren Niederlegung in einem Packhose nachgewiesen wird, der niedergelegte Eingangszoll verrechnet oder der Zoll aus der bestellten Sicherheit eingezogen werden soll. Die Frist darf den Zeitraum eines Jahres nicht überschreiten.

5. Werden vor Ablauf der gestellten Frist (4. d.) die Proben einem zur Ertheilung der Abfertigung befugten Amte zum Zweck der Wiederausfuhr oder der Niederlegung in einem Packhose vorgeführt, so hat dieses Amt sich durch die vorzunehmende Prüfung davon zu überzeugen, ob ihm dieselben Gegenstände vorgeführt worden sind, welche bei der Eingangs-Abfertigung vorgelegen haben. Soweit in dieser Beziehung keine Bedenken entstehen, bescheinigt das Amt die Ausfuhr oder Niederlegung und erstattet den bei der Einbringung niedergelegten Eingangszoll oder trifft wegen Freigabe der bestellten Sicherheit die erforderliche Einleitung.

II. In Betreff der literarischen Convention.

A. Es ist verabredet, daß durch die Thatsache der Ausführung der unter dem heutigen Datum mit den drei Hansestädten unterzeichneten Convention die Specialconvention, welche über denselben Gegenstand am 2. Mai 1856 zwischen Frankreich und der freien Stadt Hamburg abgeschlossen wurde, als null und nichtig betrachtet werden soll.

B. Bei den eigenthümlichen Verhältnissen, welche durch jenen selbst Vertrag zwischen Frankreich und der freien Stadt Hamburg hinsichtlich des Schutzes geistiger und künstlerischer Werke geschaffen sind, Verhältnisse, welche die unter dem heutigen Datum festgestellten Bestimmungen einzig und allein bestätigen und ausdehnen sollen, bleibt es verabredet:

1) daß die Stipulationen des Artikels 7 nur auf die Städte Lubeck und Bremen anwendbar sind;

2) daß als Termin, nach welchem der Verkauf von Nachdrucken und Nachbildungen, wie

ce même article 7 ne pourra avoir lieu, demeure fixé pour les deux Villes précitées au 1. Septembre prochain;

3° que les libraires et éditeurs de musique des Villes de Lubeck et de Brême devront, d'ici au 1. Septembre prochain, se conformer aux prescriptions suivantes pour l'inventaire et l'estampillage des exemplaires d'ouvrages contrefaits ou réimprimés qu'ils auront a magasin à la date du 1. Juillet de cette année, savoir:

aa) Chaque libraire ou éditeur de musique de Lubeck et de Brême sera tenu de remettre à la Direction de Police de sa résidence, avant le 1. Septembre prochain, un inventaire exact et détaillé des ouvrages Français contrefaits ou réimprimés, tombant sous l'application de l'article 7 précité et qu'il possédera au moment de la mise en vigueur des stipulations arêtées à la date de ce jour.

bb) Ces inventaires devront être certifiés sincères et véritables par une déclaration sous serment.

cc) Chaque exemplaire des ouvrages ainsi inventoriés sera, par les soins de l'autorité que les Sénats de Lubeck et de Brême auront désignée à cet effet, revêtus d'une estampille ou d'un timbre spécial au domicile des libraires et éditeurs intéressés.

dd) Quiconque, dans les deux Villes précitées, mettrait en vente ou exposerait (Feilhalten) après la date du 1. Septembre, des exemplaires non inventoriés ni estampillés ou timbrés des dites contrefaçons ou réimpressions illicites, encourrait les pénalités établies par les lois et ordonnances sur la protection des oeuvres d'esprit et d'art.

Le présent protocole, qui sera ratifié, de part et d'autre, simultanément avec les deux traités auxquels il se rapporte, a été dressé en quadruple expédition à Hambourg le 4. Mars de l'année mil huit cent soixante cinq.

(signé) Merck. (signé) Geffcken.

(L. S.) (L. S.)

(signé) de Clercq.

(L. S.)

se in demselben Artikel 7 erwähnt sind, nicht stattfinden darf, für die beiden vorgenannten Städte der 1. September d. J. bestimmt ist;

3) daß die Buchhändler und Musikalienverleger der Städte Lübeck und Bremen von jetzt an bis zum 1. September d. J. folgenden Vorschriften für die Inventarisierung und Abstempe- lung nachgebildeter oder nachgedruckter Werke, welche sie am 1. Juli d. J. auf Lager haben, nachkommen müssen, nämlich:

aa) Jeder Buchhändler oder Musikalienverleger von Lübeck und Bremen ist verpflichtet, vor dem 1. September d. J. der Polizeidirection seines Wohnortes ein genaues und detaillirtes Verzeichniß der nachgebildeten oder nachgedruckten Französischen Werke zu überreichen, die unter die Anwendung des vorgenannten Artikels 7 fallen und die er im Augenblick besitzt, wo die heute vereinbarten Bestimmungen in Kraft treten.

bb) Diese Inventarien müssen durch eine eidliche Erklärung als aufrichtig und wahr beglaubigt werden.

cc) Jedes Exemplar der so inventarisirten Werke soll durch die Behörde, welche die Senate von Lübeck und Bremen für diesen Zweck bezeichnen, mit einem Stempel oder einer Marke versehen werden, welche dem Wohnort der interessirten Buchhändler und Herausgeber eigenthümlich ist.

dd) Wer in den beiden vorgedachten Städten nach dem 1. September nicht inventarisirte und nicht gestempelte oder gemarkte Exemplare der genannten ungesetzlichen Nachbildungen und Nachdrücke verkaufen oder feilhalten würde, verfällt den durch die Gesetze und Verordnungen über den Schutz des geistigen und künstlerischen Eigenthums festgestellten Strafen.

Gegenwärtiges Protokoll, das beiderseitig gleichzeitig mit den zwei Verträgen, auf die es sich bezieht, ratificirt werden soll, ist vierfach ausgefertigt zu Hamburg, den vierten März Achte- zehnhundert fünf und sechzig.

(gez.) Merck. (gez.) Geffcken.

(L. S.) (L. S.)

(gez.) de Clercq.

(L. S.)

№ I.

Empire Français.

Département de.....

Commune de.....

Certificat de patente

valable pour l'année mil huit cent.....

Le Receveur des contributions directes, etc. au bureau de.....certifie, que le Sieur N... demeurant à.....est imposé sous le No. au rôle des patentes de la commune de..... ou a fait sa déclaration de patentes, aux fins de pouvoir exercer pendant l'année courante la profession de

en son propre nom,ou..... sous la raison sociale de....Le présent certificat a été délivré au dit Sieur N.....pour obtenir la patente nécessaire dans les Villes Anséatiques.

Fait à le 18.....

Signalement et signature
du patenté.

(L. S.)

Le Receveur

59

N^o II.

Empire Français.

Département de.....

Commune de.....

Patente

valable pour l'année mil huit cent.....

Le..... (préfet du département de.....) vu l'acte de légitimation produit par le Sieur N..... demeurant à..... lequel lui a été délivré par l'autorité compétente à..... (Ville Anseatique) le..... dernier constatant que le dit Sieur N..... y est patenté comme exerçant la profession de.....

Délivre au dit Sieur N..... la présente patente pour l'autoriser à se livrer en France et en Algérie, aux achats, ainsi qu'à la vente sur échantillons ou sur commande des marchandises de son commerce ou industrie, mentionnée ci-dessus.

Le porteur de la présente patente ne pourra toutefois colporter avec lui que des échantillons et nullement de marchandises. Il lui est également interdit de prendre des commissions autres que pour son propre compte ou, suivant le cas, pour la maison de commerce qu'il représente.

Fait à..... le..... 18.....

Signalement et signature
du patenté.

(L. S.)

Le Préfet

Formular A.

Dem N., welcher als (Woll-)Fabrikant in N..... } wohnhaft } ist, wird hierdurch Behufs seiner Gewerbe-Legitimation bei den einschlägigen französischen Behörden bescheinigt, daß er für sein vorgedachtes Gewerbe im hiesigen Lande die gesetzlich bestehenden Steuern zu entrichten hat. Dies Zeugniß ist gültig auf....Monat.
Ort. Datum. Firma der Behörde.

Personal-Beschreibung
und Unterschrift des Reisenden.

Formular B.

Dem N., welcher als Handlungs-Commis in Diensten des zu N..... etablirten Handels-hauses (oder der Fabrik) des Herrn N. steht, wird hierdurch, Behufs seiner Gewerbe-Legitimation bei den einschlägigen französischen Behörden bescheinigt, daß das ebengedachte Handelshaus (die ebengedachte Fabrik-Anstalt) für seinen (ihren) Gewerbebetrieb im hiesigen Lande die gesetzlich bestehenden Steuern zu entrichten hat. Dies Zeugniß ist gültig auf....Monat.

Personal-Beschreibung
und Unterschrift des Reisenden.

Formular C.

Dem Herrn N., Fabrik-Inhaber zu N. (oder Handels-Reisenden in Diensten des N. zu N.), wird hierdurch, auf den Grund des beigebrachten, von der französischen Behörde unterm.....ten.....ausgefertigten Gewerbe-Legitimations-Zeugnisses, die Befugniß erteilt: in (Hansestadt).....für das von ihm (seinem obengedachten Principal) betriebene Geschäft, Waarenbestellungen aufzusuchen und Waarenankäufe zu machen.

Derselbe darf jedoch von den Waaren, auf welche er Bestellung suchen will, nur Proben, aufgekaufte Waaren aber darf er gar nicht mit sich herumführen, letztere muß er vielmehr frachtweise an ihren Bestimmungsort befördern lassen.

Nicht minder ist ihm verboten, Commissionen für andere als seine eigene (seines vorgedachten Principals) Rechnung aufzusuchen.

Gegenwärtige Ermächtigung ist gültig auf die Dauer von....Monaten, also bis zum

Ort. Datum. Firma der Behörde.

Personal-Beschreibung
und Unterschrift des Reisenden.